



ARBEITER*INNEN STANDPUNKT

AKTIONS PROGRAMM

Die sozialen
und demokratischen
Errungenschaften
verteidigen

Reaktion oder
Sozialismus!

INHALTSVERZEICHNIS

ÖSTERREICH IM INTERNATIONALEN KONTEXT.....	S. 5
ÖKONOMISCHE LAGE IN ÖSTERREICH.....	S. 7
FLUCHT UND MIGRATION.....	S. 9
DIE SCHWARZ-BLAUE REGIERUNG.....	S. 10
DIE KRISE DER ARBEITER*INNENBEWEGUNG UND DER LINKEN.....	S. 12
SOZIALABBAU UND GESCHENKE FÜR DIE REICHEN.....	S. 14
ANGRIFFE AUF DIE ARBEITER*INNENKLASSE UND ARBEITSLOSE.....	S. 16
GEWERKSCHAFTEN, KAMMERN UND SOZIALPARTNER*INNENSCHAFT... S. 18	
VERTEIDIGUNG DEMOKRATISCHER RECHTE - GEGEN REPRESSION!.....	S. 20
JUGEND UND BILDUNG.....	S. 22
FRAUENUNTERDRÜCKUNG.....	S. 24
SEXUELLE UNTERDRÜCKUNG - GLEICHE RECHTE FÜR ALLE.....	S. 26
RASSISMUS, FLUCHT UND MIGRATION.....	S. 27
WOHNEN UND GESUNDHEIT.....	S. 29
UMWELT.....	S. 31
EU, IMPERIALISMUS UND KRIEG.....	S. 32
REVOLUTION UND SOZIALISMUS.....	S. 34
REVOLUTIONÄRE PARTEI UND FÜNFTE INTERNATIONALE.....	S. 36

Broschüre der Gruppe
Arbeiter*innenstandpunkt

1. Auflage, April 2019
Wien
Eigenverlag

Impressum

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stifzg. 8, 1070 Wien. Konto: 237-112-957/00 BLZ 12000 Bank Austria. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) des vorliegenden Druckwerks ist zu 100% die Partei „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stifzg. 8 1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiter*innenbewegung.

AKTIONSPROGRAMM FÜR ÖSTERREICH

EINLEITUNG

Das erste Viertel des 21. Jahrhunderts neigt sich langsam dem Ende zu. Die Versprechen des ausgehenden 20. Jahrhunderts von Freiheit, Frieden, Wohlstand und Demokratie erweisen sich zunehmend als Illusionen für die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung. Unter den altbekannten Erscheinungen von nationalistischer Abschottung, rassistischer Ausgrenzung und autoritärem Staatsumbau scheint die Welt durch eine Politik des Irrationalismus aus den Fugen zu geraten. Das gilt auch für Österreich, das keineswegs eine Insel der Seligen ist und sich mit der schwarz-blauen Kurz-Strache-Koalition in den internationalen Rechtsruck eingliedert. Doch hinter der scheinbaren Irrationalität der Politik steckt eine systematische Entwicklung. Das ganze politische und wirtschaftliche System steckt in der Krise. Ein Jahrzehnt nach der Weltwirtschaftskrise erlahmt die globale Konjunktur von neuem. Doch die Lage ist zugespitzter als noch 2007/08: Die Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Privathaushalten ist immer noch hoch. Die politischen und ökonomischen Widersprüche der Großmächte haben sich drastisch verschärft. Eine Lösung der eskalierenden Umweltkrise ist in weite Ferne gerückt. Am politischen Horizont drohen Krise, verschärfte Ausbeutung und Krieg.

Doch die gegenwärtige, allgemeine Krisenhaftigkeit ist kein Grund zu Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Sie drängt uns auf eine notwendige gesellschaftliche Veränderung. Das System in dem wir leben, der Kapitalismus, bietet keine Zukunft, es muss überwunden und durch eine bessere Gesellschaft ersetzt werden.

Der Kapitalismus ist die höchste Stufe der Klassengesellschaft. Er scheidet sich immer mehr in zwei entgegen gesetzte Hauptklassen: Auf der einen Seite steht die Klasse der Kapitalist*innen (Bourgeoisie), die immer mehr Reichtum in ihren Händen konzentriert und den Besitz an Produktionsmitteln (Unternehmen, Maschinen, Rohstoffe, Boden, ...) monopolisiert. Auf der anderen Seite steht die Arbeiter*innenklasse (Proletariat), die keine Produktionsmittel besitzt und ihre Arbeitskraft als Ware auf dem Markt verkaufen muss. Zu ihr gehören IT-Techniker*innen und Supermarktverkäufer*innen genauso wie die traditionellen Industriearbeiter*innen. Diese beiden Hauptklassen, zwischen denen noch Kleinproduzent*innen und einige besondere Schichten existieren, stehen sich in der gesellschaftlichen Produktion in ihren Interessen gegenüber. Indem sich die Kapitalist*innen die Produkte der Arbeit aneignen, während sie den Arbeiter*innen nur den Preis ihrer Arbeitskraft bezahlen, können sie ihre Profite aus unbezahlter Arbeit schöpfen (Ausbeutung). In der Konkurrenz mit anderen Kapitalist*innen versuchen sie beständig diese Ausbeutung zu verschärfen, sei es durch Reallohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen oder Erhöhung der Arbeitsintensität. Zwischen diesen beiden Klassen kann es keinen dauerhaften Ausgleich geben, das Kräfteverhältnis verschiebt sich immer wieder in die eine oder andere Richtung – durch Klassenkampf.

Klassenkampf findet auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens statt, sei es auf wirtschaftlichem, politischem oder ideologischem Gebiet. Nichts anderes als Klassenkampf ist auch die Politik der schwarz-blauen Regierung, deren Maßnahmen im Großen und Ganzen den Interessen der Reichen und Besitzenden auf Kosten der lohnabhängigen Bevölkerung dienen. Diese Regierung der Wohlhabenden und Kapitalist*innen führt mit ihrer neoliberalen, nationalistischen und autoritäreren Politik rücksichtslose Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiter*innenklasse. Rassismus, Sexismus und andere reaktionäre Ideologien sind zentrale Stützpfeiler dafür. Die lohnabhängige Bevölkerung und alle sozial Unterdrückten wie Migrant*innen, Frauen, Jugendliche und LGBTIA-Personen stehen unter verschärftem Beschuss. Dem Klassenkampf von oben steht die Notwendigkeit eines Klassenkampfes von unten gegenüber. Die Arbeiter*innenklasse kann die schwarz-blaue Politik nicht unbeantwortet lassen. Sie muss sich wehren und sie wird sich wehren. Indem die Arbeiter*innenklasse im Produktionsprozess im Gegensatz zu den Interessen der Kapitalist*innen steht, andererseits selbst keine Perspektive zur Ausbeutung einer anderen Klasse hat, besitzt sie ein objektives Interesse an der Überwindung des Kapitalismus. Gleichzeitig ist sie aufgrund ihrer Stellung die einzige Kraft, die auch die Möglichkeit dazu hat. Sie, die die menschliche Arbeitskraft verkörpert und die Schalthebel von Produktion und Verteilung bedient, kann den Kapitalist*innen die Kontrolle über die Produktionsmittel entreißen und die Wirtschaft unter ihrer eigenen demokratischen Kontrolle, abseits von Profitinteressen umgestalten. Nur durch eine soziale Revolution, die die politische Macht in Form einer Rätedemokratie in die Hände der Arbeiter*innenklasse legt und den Aufbau einer demokratischen, internationalen, sozialistischen Planwirtschaft eröffnet, kann die Menschheit ihren Weg in eine nachhaltige Gesellschaft, fern von Ausbeutung und Unterdrückung bestreiten.

Doch der Weg dorthin verläuft nicht automatisch. Ein bewusstes, politisches Handeln ist notwendig. Denn die spontanen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen finden zunächst nur um die Bedingungen statt, in denen in der Klassengesellschaft gelebt und gearbeitet wird. Ein revolutionäres Klassenbewusstsein, das die Notwendigkeit und Durchführbarkeit einer sozialistischen Revolution erkennt, entsteht nicht spontan. Es muss hergestellt werden durch die gezielte Arbeit einer bewussten gesellschaftliche Kraft – einer revolutionären Arbeiter*innenpartei.

Eine solche Partei besteht heute weder in Österreich noch international. Ihr Aufbau ist daher eine dringliche Aufgabe für Marxist*innen in der Gegenwart und in der Zukunft. Wir, die Gruppe Arbeiter*innenstandpunkt, österreichische Sektion der Liga für die Fünfte Internationale (LFI), haben uns dieser Aufgabe verschrieben. Wir teilen dieses Ziel mit anderen Sozialist*innen auf der ganzen Welt. Nichtsdestotrotz sind wir uns mit ihnen über die Wege dorthin und die programmatischen Ausrichtungen einer solchen Partei uneinig. Die zahlreichen Fehler und Niederlagen in der langen Geschichte der internationalen Arbeiter*innenbewegung beweisen uns, dass die Klärung programmatischer Fragen nicht vom Aufbau einer revolutionären Partei getrennt werden kann, sondern Marxist*innen von Anfang an einen eigenständigen politischen Pol in der Arbeiter*innenbewegung bilden müssen.

Das geeignetste Mittel für den Kampf um eine neue, revolutionäre Arbeiter*innenpartei und für die Klärung programmatischer Fragen in der Arbeiter*innenbewegung ist der Kampf um ein revolutionär-sozialistisches Programm selbst. Es muss ein „Übergangsprogramm“ sein, das an den heutigen Problemen der lohnabhängigen Massen und der sozial Unterdrückten anknüpft und eine Perspektive aufzeigt, wie die Kämpfe um die Lebensbedingungen im Hier und Jetzt mit der Überwindung des Kapitalismus verknüpft werden können. In dieser Funktion muss es auf den besten programmatischen Errungenschaften aus der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung aufbauen, indem es diese auf die Gegenwart anwendet und für veränderte Bedingungen weiterentwickelt. Durch eine Organisation, die die Darlegung programmatischer Fragen mit konkreten Interventionen in den realen Klassenkampf verbindet, kann die Arbeiter*innenbewegung mit dem revolutionärem Sozialismus verbunden werden, sodass eine neue Arbeiter*innenpartei und Internationale auf möglichst klaren politischen Fundamenten entsteht.

Der Klassenkampf in Österreich dreht sich gegenwärtig und in der absehbaren Zukunft vor allem um die Politik der schwarz-blauen Regierung, weshalb unser Programm daran in Form eines nationalen Aktionsprogramms anknüpft. Wir legen damit unsere Forderungen, Methoden und Ziele in Hinblick auf den Widerstand gegen Schwarz-Blau dar und stellen es allen, mit denen wir ähnliche Ziele teilen, zur Diskussion. Da der Klassenkampf aber international ist möchten wir zusätzlich auf das allgemeine, internationale Programm der LFI verweisen.

Unser Programm ist kein Ultimatum. In sozialen Bewegungen kämpfen wir mit anderen Kräften für gleiche Anliegen, in politischen Umgruppierungen stellen wir unsere Vorschläge anderen auf Augenhöhe gegenüber, wo wir programmatische Übereinstimmung vorfinden streben wir nach politisch-organisatorischer Vereinigung. Wir appellieren daher auch an alle fortschrittlich gesinnten Kräfte, an alle Sozialist*innen, Gewerkschafter*innen und ehrlichen Aktivist*innen der Arbeiter*innenbewegung: Tretet mit uns in Kontakt, diskutiert und kämpft mit uns gemeinsam - sammeln wir unsere Kräfte für den Widerstand gegen Schwarz-Blau und die kommende sozialistische Weltrevolution!

ÖSTERREICH IM INTERNATIONALEN KONTEXT

Der Kapitalismus ist ein globales System, nicht die Summe nationaler Ökonomien. Um die österreichische Situation verstehen zu können und daraus abzuleiten welche nächsten Schritte notwendig sind, ist es unumgänglich einen Blick auf die globale Lage zu werfen.

Die ganze Welt ist nach wie vor von den Folgen der Weltwirtschaftskrise 2007/08 geprägt. Obwohl die Weltwirtschaft 2017/18 einen kurzen Aufschwung verzeichnen konnte, zeigt die aktuelle Entwicklung wieder, dass das kapitalistische System nicht stabil ist. Die bisherigen Versuche das System durch Niedrig- bzw. Nullzinspolitik und Geldmengenerhöhung vor massiven Krisenauswirkungen zu retten, führten zu weiterer Blasenbildung und bilden die Ausgangslage für die nächste Krise.

Die Weltwirtschaftskrise 2007/08 war keine „normale“ Konjunkturkrise des Kapitalismus, vielmehr war sie eine historische Systemkrise. Das äußerte sich unter anderem darin, dass

sie im globalen Ausmaß jahrelang nicht überwunden werden konnte, zu wichtigen politischen Veränderungen führte (Aufkommen von Rechtspopulismus und Protektionismus) und die Zuspitzung zwischen den traditionellen Großmächten und neuen Mächten, allen voran China, beförderte. Entscheidend für diese Entwicklung war, dass die herrschenden Klassen eine umfassende Kapitalvernichtung der weniger wettbewerbsfähigen Kapitale durch die Krise fürchteten und verhinderten und damit einen neuen Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft behinderten.

Unsere heutige Zeit ist geprägt von verschärfter Konkurrenz und wirtschaftlicher und politischer Zuspitzung zwischen den Großmächten. Das ist charakteristisch für die imperialistische Epoche des Kapitalismus, in der der Weltmarkt vollständig unter monopolistische Großkonzerne aufgeteilt ist. Über ihre wirtschaftliche und militärische Macht üben die imperialistischen Großmächte ihre Dominanz über den Rest der Welt aus. Doch im gegenwärtigen Machtgefüge kommt es zu Verwerfungen. Die bestehende Aufteilung der Welt in die traditionellen Einflussphären und Absatzmärkte nach dem 2. Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Ostblocks kann nicht mehr länger funktionieren wenn neue Mächte auf den Plan treten – und genau diese Entwicklung, die seit Jahren stetig voranschreitet, spitzt sich zunehmend zu. Mit Russland, aber vor allem mit dem im Zuge der Weltwirtschaftskrise wesentlich gestärkten China, treten ernsthafte Konkurrenten zur USA und der EU auf. In einer Welt die jedoch bereits unter verschiedenen imperialistischen Mächten voll aufgeteilt ist, gibt es keine neuen Einflussgebiete mehr, das heißt nichts kann gewonnen werden ohne, dass ein anderes imperialistisches Land dabei verliert.

Die Entwicklung seit der Wirtschaftskrise, insbesondere die Niederlagen von Bewegungen gegen die Sparmaßnahmen in Europa, den USA und im Arabische Frühling, sowie die Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Großmächten, führten zu einer internationalen politischen Entwicklung nach Rechts. Die letzten Jahre brachten Trump in den USA, den Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa, aber auch das Ende vieler linker Regierungen in Südamerika und eine allgemeine Stärkung autoritärer Tendenzen in vielen Staaten (Türkei, Philippinen, Brasilien etc.). Der Rechtsruck und Protektionismus ist ein zentraler Ausdruck einer Neuausrichtung bzw. einem Richtungskampf im Lager der herrschenden Klasse um die Strategie zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Ein zentraler Ausdruck dieses Konfliktes ist der Handelskrieg, der von den USA ausgehend inzwischen die gesamte Welt betrifft. Die USA sehen ihre Stellung als Welt-Hegemon durch den Aufstieg Chinas bedroht. Die Einführung von gegenseitigen Schutz- und Strafzöllen soll die jeweils andere Ökonomie schwächen – das Risiko für die eigene Wirtschaft wird dabei in Kauf genommen. Wer die Kosten des Ganzen bezahlen soll ist klar: Auf die eine oder andere Art und Weise wird versucht werden diese auf die Lohnabhängigen abzuwälzen, denn der Großteil der Zölle wird in Form von Preissteigerungen an die Konsument*innen, also die breite Masse der Bevölkerung, weitergegeben. Auch wenn die Zölle gegenüber der EU nicht denselben Umfang haben wie jene gegenüber China, so ist ihre Wirkung nicht zu unterschätzen. In einer Situation in der sich die USA unter der Trump-Regierung immer mehr von ihren traditionellen Verbündeten in Europa abwen-

den, versucht China gleichzeitig seine wirtschaftliche Bindung an Europa zu verstärken. In diesem imperialistischen Konflikt gehört Österreich klar erst einmal zum imperialistischen Block der EU. Doch die EU hat gegenüber den anderen Großmächten diverse Nachteile, der größte davon ist ihre Heterogenität. In der EU finden sich diverse nationale Kapitale, die sich noch weniger als z.B. die Kapitalfraktionen der USA auf eine gemeinsame Politik einigen können. Damit ist ein einheitliches Handeln nicht möglich. Die EU wurde traditionell von Frankreich und Deutschland angeführt, wobei sich Deutschland in den letzten 10 Jahren gegenüber Frankreich stärken konnte. Entscheidend für eine etwaige Veränderung im internationalen Mächtegefüge ist auch der Austritt Großbritanniens aus der EU, der Ausdruck der Zuspitzung der Krise der EU war.

Gleichzeitig zeigt sich auch, dass sich die schwächeren Länder nicht immer widerstandslos den dominierenden europäischen Staaten unterwerfen und damit die Handlungsfähigkeit der EU als imperialistischem Block beschneiden. Gerade das rassistische Bündnis zwischen Österreich und verschiedenen osteuropäischen Ländern in Bezug auf die Flüchtlingspolitik zeigt das deutlich. Die Frage nach den Interessen „der EU“ stellt sich also nicht – es handelt sich immer nur um die Frage wer am meisten Gewicht in die europäische Waagschale werfen und so die EU-Politik dominieren kann. Ein starker imperialistischer Block entsteht dadurch jedenfalls nicht, im Gegenteil. Die EU steckt in einer tiefen Krise in der jede Krise der Mitgliedsstaaten die EU als Ganzes erschüttert und jede Krise in der Eurozone die Stabilität der gemeinsamen Währung erschüttert.

Auch Österreich vertritt seine eigenen (schwachen) imperialistischen Interessen in der Außenpolitik. Osteuropa ist ein wichtiger Markt für Österreich – insbesondere für den Bankensektor. Russland nimmt im Vergleich zu vielen anderen EU-Ländern für die österreichische Wirtschaft eine zentrale Rolle ein – hinter offiziellen Treffen stehen unter anderem Interessen von STRABAG, Raiffeisen, Gazprom und OMV. Mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ, die wie andere rechtspopulistische Parteien von Putin hofiert wird, werden russlandfreundliche und EU-kritische Kapitalfraktionen auf der politischen Ebene gestärkt. Damit unterscheidet sich das Verhältnis von Österreich zu Russland deutlich von dem anderer EU-Staaten, die lieber nicht an ihrer Loyalität zu den USA zweifeln lassen möchten. Dennoch ist Österreich aufgrund der ökonomischen Verflechtungen immer noch vor allem ein Anhängsel des deutschen Imperialismus.

Ökonomische Lage in Österreich

Um die aktuellen Aufgaben für die Arbeiter*innenklasse richtig zu erkennen, ist eine Einschätzung der politisch-ökonomischen Lage unbedingt notwendig. Nur aus der Erkenntnis der Probleme des Kapitals, können Rückschlüsse gezogen werden, welche Angriffe auf die Lohnabhängigen zu erwarten sind und wie diese sich dagegen wehren können. Deshalb wollen wir uns die wirtschaftliche Lage Österreichs ansehen.

Die Weltwirtschaftskrise 2007/08 hat Österreich vergleichsweise schwach getroffen. Im Verhältnis zu anderen Ländern der EU konnte Österreich (genauso wie Deutschland) sogar schwach von der Weltwirtschaftskrise profitieren indem es die eigene Stellung am europäischen Markt ausbaute. Insgesamt war die starke ökonomische Bindung an den Krisengewinner Deutschland auf jeden Fall ein Vorteil für die österreichische Wirtschaft. Trotzdem war die österreichische Kapitalist*innenklasse gezwungen die Kosten der Krise in Form von Sparpaketen und Bankenrettungen auf die Arbeiter*innenklasse abzuwälzen. Eine treue Gehilfin dabei war die Sozialdemokratische Partei in zwei Koalitionen mit der ÖVP.

Ab 2016 (+2 % des BIP) hat sich die konjunkturelle Entwicklung in Österreich von der Krise erholt und befand sich 2017 (+2,6 % des BIP) und 2018 (+2,7 % des BIP) im Aufschwung. Das Wirtschaftswachstum lag damit über dem des Euroraums und auch über dem Wachstum Deutschlands. Besonders ausgeprägt ist das Wachstum in Osteuropa, einem wichtigen Einflussgebietes Österreichs. Zwei zentrale Gründe führten zu diesem Wachstum in Österreich, einerseits die gute globale wirtschaftliche Lage, die insbesondere für die Industrie als exportorientiertem Sektor eine gute Ausgangslage bot, andererseits das Einsetzen eines neuen Investitionszyklus.

Wir müssen uns allerdings bewusst sein, dass es

sich bei diesem Aufschwung um kein Wirtschaftswunder handelt, sondern um eine zyklische Entwicklung. Auf die Wirtschaftskrise folgte eine längere Stagnationsphase und auf diese eine schwache Erholung – deren Ende sich schon abzeichnet. Die Maßnahmen, mit denen nach 2007/08 versucht wurde einen Zusammenbruch der Weltwirtschaftsordnung zu verhindern (vor allem durch Bankenrettungen, Notverstaatlichungen, Konjunkturpakete und „Quantitative Easing“), haben nicht dazu geführt, dass das Problem der Überakkumulation gelöst wurde und sich die kompetitiven Teile des Kapitals auf Kosten der Schwächeren durchsetzen konnten. Eine große Kapitalvernichtung, die die Grundlage eines stärkeren Aufschwungs sein hätte können, blieb aus und deshalb war der folgende Aufschwung sehr schwächlich, die strukturellen Probleme des Kapitalismus konnten nicht gelöst werden. Dagegen wurde die Konkurrenz am Weltmarkt weiter verschärft, insbesondere durch den Aufstieg Chinas als emporkommende imperialistische Macht. Gerade der Handelskrieg zwischen den USA und China, in den große Teile der Welt involviert sind, birgt deshalb ein enormes Risiko für einen erneuten Einbruch der Weltwirtschaft. Dazu kommen in Bezug auf die Europäische Union Gefahren durch der Brexit und eine drohende Schuldenkrise Italiens.

Es ist kaum auszumalen, was ein neuer Einbruch der Weltwirtschaft für die weitere globale ökonomische und politische Entwicklung bedeuten wird. Klar ist aber, dass Österreich von einer solchen Entwicklung nicht verschont bliebe. Die herrschende Klasse, die ihre Gesamtinteressen heute in Form der schwarz-blauen Regierung durchsetzt, würde jedenfalls zu drastischeren Angriffen auf die lohnabhängige Bevölkerung und ihre demokratischen Rechte übergehen.

Flucht und Migration

2015 schafften es Hunderttausende das rassistische europäische Grenzregime zu überwinden. Unzählige Freiwillige halfen an Bahnhöfen und darüber hinaus ehrenamtlich den Ankommenden. Aber diese neue Situation und der politische Umgang damit (vor allem von Seiten der deutschen Regierung) sollte die EU bald in ihre bisher größte Krise werfen. Eine Allianz von Staaten, angeführt von Sebastian Kurz (damals noch Außenminister), schaffte es sich mit seiner harten, rassistischen Grenzpolitik der herrschenden, exportorientierten europäischen Macht zu widersetzen und die sogenannte Balkanroute zu schließen. Die darauf entbrannte Diskussion über eine etwaige Aufteilung der Geflüchteten auf alle EU-Staaten konnte bis heute nicht gelöst werden. Einziger Konsens war die absolute Abschottung der EU-Außengrenzen. Dabei wurde weder vor einer Zusammenarbeit mit reaktionären Diktaturen wie in der Türkei oder Ägypten, noch vor einem Einsatz des Militärs im Mittelmeer zurückgeschreckt.

Flucht und Migration gehören zu den Schlüsselthemen aller rechten Parteien in den imperialistischen Ländern. Der Rassismus gegenüber Flüchtlingen ist dabei essentiell um Teile der Arbeiter*innenklasse aufzuschrecken und ideologisch an bürgerliche Parteien zu binden. In einer Welt in der reiche, mächtige, imperialistische Länder den Rest der Länder ausbeuten ist es nicht überraschend, dass Unzählige die Flucht wagen, in der Hoffnung auf ein sicheres und besseres Leben. So gut wie alle bürgerlichen Kräfte unterscheiden zwischen „legitimen“ Flüchtlingen und „bösen“ Wirtschaftsflüchtlingen. Wenn aber Menschen im Krieg sterben (der meist rund um imperialistische Interessen geführt wird) oder keine Arbeit finden von der sie leben können, oder auch „nur“ vor einem Leben voll Perspektivlosigkeit, Hunger und Elend flüchten, ist diese Unterscheidung nichts als bequemer Zynismus der Herrschenden.

Gerade im aktuellen internationalen Rechtsruck finden wir Rassismus insbesondere als Hetze gegen Geflüchtete und gegen Muslime und Muslimas. Diesen Bevölkerungsgruppen wird die Schuld gegeben an Problemen wie Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen, sexistischen Übergriffen und Terror. Auch die schwarz-blaue Regierung spielt das Spiel mit dem Rassismus perfekt. Nicht nur durch Hetze und falsche Behauptungen, sie nutzen auch die rassistische Stimmung um ihre Politik zu verschleiern oder im Interesse der „Österreicher*innen“ darzustellen. Während sie Reformen gegen alle Arbeiter*innen und Unterdrückten beschließen (wie den 12-Stunden-Tag oder die Deckelung der Mindestsicherung), bringen sie immer wieder Meldungen, die vor Rassismus und/oder Absurdität nur so triefen, aber viele Menschen erfolgreich von den eigentlichen Angriffen ablenken. Insbesondere die FPÖ konnte von der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 stark profitieren. Eineinhalb Jahre lang hatte sie in Umfragen die Nase vorn. Die FPÖ zeichnet Bilder von Flüchtlingen als „Kriminellen“ und „Sozialschmarotzern“ und verspricht davor Schutz. Das Thema wird emotional von den Medien hochgeschaukelt, die objektiven Tatsachen interessieren wenig.

Der Rassismus spielt eine systemerhaltende Rolle, er dient nicht nur zur Schaffung von Feindbildern, er begründet auch Lohnunterschiede und damit Lohndumping. Vor allem jedoch kann eine in „In- und Ausländer“ gesplante Arbeiter*innenklasse nicht geeint schlagen. Solange Menschen der Meinung sind, ihre Interessen hängen enger mit ihrer Staatsbürger*innenschaft zusammen als mit ihrer Klassenzugehörigkeit, werden nicht nur ihre Kämpfe nicht geeint geführt, es werden die Klassengesätze als solche verdeckt.

Im Gegensatz dazu treten wir für die Öffnung der Grenzen und volle Staatsbürger*innenrechte für alle in Österreich Lebenden ein. Das internationale Grenzregime dient vor allem der Aufrechterhaltung von Ungleichheiten und die Vorenthaltung demokratischer Rechte von Zugewanderten ihrer Überausbeutung und Unterdrückung (wie beispielsweise im Plan der Regierung Hilfsarbeiten von Asylwerber*innen mit maximal 1,50 € zu entlohnen). Die absolute Mehrheit der nach Österreich kommenden Geflüchteten ist Teil der Arbeiter*innenklasse oder wird dies sein. Jegliches Gesetz zur Schlechterstellung von Migrant*innen und Geflüchteten dient nur ihrer verschärften Ausbeutung, wodurch diese leichter in Konkurrenz zu den einheimischen Arbeiter*innen gestellt werden können. Wir kämpfen daher gegen alle Einschränkungen des Arbeitsrechts für Geflüchtete, für gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen, für gleiche demokratische Rechte und für spezielle Organisierungskampagnen der Gewerkschaften, damit die zugewanderten Menschen nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Gleichzeitig treten wir gegen Fluchtursachen auf, die nur all zu oft von westlichen Ländern durch Krieg, Ausbeutung und Umweltzerstörung ausgelöst oder gefördert werden. Niemand sollte für ein lebenswertes Leben zur Flucht gezwungen sein.

Die schwarz-blaue Regierung

Die schwarz-blaue Regierung ist Ausdruck einer entscheidenden Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses in Österreich. Nicht nur zwischen Arbeiter*innenklasse und Kapitalist*innenklasse, sondern auch zwischen den verschiedenen Fraktionen des österreichischen Kapitals.

Wie kam es dazu? Im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 und der bereitwilligen Anpassung der SPÖ an die rechte Politik der Grenz- und Routenschließungen kam es zu einer massiven Auseinandersetzung innerhalb der SPÖ. Das Resultat dessen war der Rücktritt von Faymann als Parteivorsitzender und die Installation von Christian Kern als über den Lagern stehender Vermittler. Trotz der Umsetzung vieler FPÖ-Forderungen durch die Regierung dominierte die FPÖ weiterhin die Umfragen. Auch in der ÖVP führte Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik bald zu wesentlichen personellen Neuausrichtungen. Als traditioneller Vertreter der Sozialpartner*innenschaft musste Reinhold Mitterlehner zurücktreten und der neuen Hoffnung der österreichischen Kapitalist*innen – Sebastian Kurz – Platz machen.

Kurz nutzte seine (durch die Medien geschürte) Popularität sowohl in der Bevölkerung als auch beim österreichischen Kapital zu wichtigen Veränderungen in der ÖVP. Insbesondere die föderale Struktur wurde eingeschränkt um seine persönliche Macht zu stärken. Kurz' Forderung nach Neuwahlen um den „Reformstau“ der Großen Koalition zu beenden stieß auf begeisterten Zuspruch beim Großteil der Kapitalist*innen und des Kleinbürger*innentums. Seine Ausrichtung auf eine Koalition mit der FPÖ stand weder im Wahlkampf noch danach ernsthaft in Frage. Er steht damit exemplarisch für die sich geänderten Interessen des österreichischen Kapitals: In Zeiten der Krise war es äußerst praktisch, mithilfe der SPÖ die Gewerkschaften von ernsthaftem Protest gegen Bankenrettungen und Sparpakete abzuhalten. Aber die damit einhergehende Enttäuschung großer Teile der Arbeiter*innenklasse und deren Abwanderung zur FPÖ und in die Nichtwähler*innenschaft brachte die Möglichkeiten einer aggressiveren Politik mit sich. Zentrales Projekt wurde die Schaffung einer Regierung frei von jeglicher sozialpartner*innenschaftlicher Rücksichtnahme.

In der Zeit der Errichtung der 2. Republik, insbesondere direkt nach 1945, lag die österreichische Kapitalist*innenklasse am Boden. Um einen eigenständigen Staat zu entwickeln und ein eigenständiges, österreichisches Kapital aufzubauen war die Integration der überaus mächtigen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung sowie der wirtschaftliche Eingriff des Staates notwendig. Das legte die Grundlage für die Jahrzehnte andauernde enge Bindung der Arbeiter*innenbewegung an die Interessen der herrschenden Klasse in Form der Sozialpartner*innenschaft. Doch mit dem Eintreten des Kapitalismus ins 21. Jahrhundert änderte sich die Situation entscheidend. Die jetzige schwarz-blaue Regierung repräsentiert – noch mehr als Schwarz-Blau I und II – den Bruch mit der etablierten, österreichischen Nachkriegsordnung. Die FPÖ ist dafür ebenso essentiell wie der Kurz'sche Austausch der ÖVP-Spitze.

Die Regierungspolitik ist explizit darauf ausgerichtet Österreich im internationalen – insbesondere im europäischen – Kontext zu stärken. Strategische Reformen sollen durchgesetzt werden um dem österreichischen Kapital entscheidende Vorteile in der Konkurrenz zu verschaffen. Beispielhaft dafür stehen die Ziele zur Senkung der Abgabenquote kombiniert mit dem Nulldefizit. Auch direkte Angriffe auf die Arbeiter*innenklasse zugunsten der Unternehmen, wie der 12-Stunden-Tag oder die Reform des Arbeitslosengelds und der Mindestsicherung, sind dafür wesentlich. Die Politik dieser Regierung bedeutet Steuererleichterungen vor allem für die Unternehmen und die Reichen, gleichzeitig wird das fehlende Geld bei Sozialleistungen für die Ärmsten und Unterdrückten eingespart. Angriffe auf die Arbeiter*innenklasse und ihre Organisationen werden dabei mit rassistischen Ablenkungsmanövern kombiniert. Eine etwaige neue Wirtschaftskrise würde diese Widersprüche nur noch mehr verstärken und wohl zu neuen Massenkämpfen führen. Eine Minderheit der Bürgerlichen ist mit diesen Änderungen nicht zufrieden, sowohl von liberaler, zivilgesellschaftlicher und grüner Seite, sowie von gemäßigeren ÖVPlern*innen gibt es teilweise Widerspruch gegen diese Regierung. Die NEOS kritisieren zum Beispiel - freilich humanitär verkleidet - dass die Schließung der Grenzen den freien Waren- und

Kapitalverkehr innerhalb der EU behindert. Von Zivilgesellschaft und Co. werden der Rassismus der Regierung und die „rechtsextremistischen Tendenzen“ der FPÖ bekrittelt. Die sozialen Hintergründe des Erfolges dieser Regierung und etwaige Gegenstrategien bleiben diesen Kräften aber völlig verschlossen. Vielmehr wird ein Appell an die ÖVP gerichtet, doch endlich das „wahre Gesicht“ der FPÖ zu erkennen. Dass die Kurz-ÖVP sich ganz bewusst die FPÖ als Juniorpartnerin in die Regierung geholt hat beweist die Sinnlosigkeit einer solchen Strategie.

Die Taktik der Regierung ist – vor allem vor dem Hintergrund des internationalen Rechtsrucks – überaus erfolgreich. Rassismus dient sowohl als Ablenkung als auch als Testfeld der Angriffe. Kürzungen von Sozialleistungen werden oft zuerst an Flüchtlingen getestet und erst später auf die breite Masse der Bevölkerung ausgedehnt (siehe Mindestsicherung). Mit der Spaltung der Arbeiter*innenklasse in Geflüchtete und Österreicher*innen gelingt es, den Unmut über stagnierende Löhne, Arbeitslosigkeit und Co. auf andere Teile der Lohnabhängigen zu richten anstatt die eigentlichen Verantwortlichen – die österreichischen Kapitalist*innen – zur Verantwortung zu ziehen. Die Arbeiter*innenbewegung muss deshalb den Kampf gegen Rassismus in den allgemeinen Klassenkampf einordnen. Eine politische Frage abseits davon zu behandeln, kann nur zu einer Niederlage für die Arbeiter*innen führen.

Die Krise der Arbeiter*innenbewegung und der Linken

Viele Menschen in Österreich erkennen heute den breit angelegten Anschlag der schwarz-blauen Regierung auf soziale und demokratische Errungenschaften und wollen diese nicht einfach so hinnehmen. Gleichzeitig fehlt es aber an einer glaubhaften Abwehrperspektive. Dabei kommt der Sozialdemokratie als stärkster Oppositionspartei und dominierender Kraft über die Arbeiter*innenbewegung eine erhebliche Verantwortung zu. Verantwortung kommt ihr aber auch für die jetzige politische Lage zu. In den knapp 11 Jahren in denen die SPÖ durchgängig in der Regierung war, hat sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in ständigen Kompromissen an die ÖVP verraten, die Kosten der Krise in Form von Sparpaketen auf eben jene abgewälzt und rassistische Maßnahmen mitgetragen oder gar befördert. Es ist kein Wunder, dass sich viele Arbeiter*innen von der Sozialdemokratie abgewandt haben.

Heute, in der Opposition, hat die SPÖ wiederholt richtig aufgezeigt, wie die Politik von ÖVP und FPÖ den Reichen nützt und der lohnabhängigen Bevölkerung schadet. Im Parlament schwingt sie nun Reden gegen ungerechte Maßnahmen und verweigert den schärfsten Angriffen die Zustimmung. Doch da sich die Regierung auf eine einfache Mehrheit verlassen kann, ist die parlamentarische Strategie der SPÖ reine Symbolpolitik. In der Regel bleibt ihre Politik auch auf diesen Rahmen beschränkt. Aber selbst da wo sich die Sozialdemokratische Partei mehr oder weniger zu politischen Mobilisierungen veranlasst sieht, haben diese den Charakter von öffentlichen Meinungsbekundungen oder gar Medienaktionen, nicht den eines ernst gemeinten Widerstands.

Ähnlich verhält sich der ÖGB samt seinen verschiedenen Teilgewerkschaften, die überwiegend sozialdemokratisch geführt sind. Daran hat auch die Übernahme der ÖGB-Präsidentschaft durch den vergleichsweise „linken“ Gewerkschaftsführer Wolfgang Katzian nichts geändert. Er hat seine Haltung eindeutig klar gemacht im Kampf gegen die Ausweitung der Tageshöchstarbeitszeit auf 12 Stunden, welche die Sozialdemokratie in Christian Kerns Plan A schon selbst zum Teil vorbereitet hatte. Obwohl dieser Angriff seit der Angelobung der neuen Regierung bekannt war, hat der ÖGB so gut wie gar nicht dagegen mobilisiert. Erst als der entsprechende Gesetzesentwurf im Parlament beschlossen werden sollte, rief die ÖGB-Führung zu Betriebsversammlungen und einer Großdemonstration in Wien auf. Trotz der machtvollen Manifestation der österreichischen Arbeiter*innenklasse und allgegenwärtigen Forderungen nach Streikmaßnahmen blieb die Führung untätig und kapitulierte de facto gegenüber der Regierung.

Bei der Passivität von SPÖ und ÖGB handelt es sich nicht um einzelne Versäumnisse, sie hat eine klare Systematik, die dem tiefsitzenden, reformistischen Charakter der Sozialdemokratie selbst entspringt. Dem Reformismus liegt die Annahme zugrunde, man könne durch ausgedehnte Reformen innerhalb der bürgerlichen Demokratie die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat überwinden. Daraus ergab sich historisch eine immer weitere Aussöhnung mit der Kapitalist*innenklasse und eine Orientierung auf eine Politik durch den kapitalistischen Staat anstelle der politischen Betätigung der Arbeiter*innenklasse selbst. In der Zweiten Republik wurde die Politik des Klassenkompromisses verschärft und schließlich in Form der Sozialpartner*innenschaft institutionalisiert. Dadurch wurde die SPÖ weiter bürokratisiert, die Arbeiter*innenklasse passiviert und ihr Klassenbewusstsein untergraben.

Während die österreichische Kapitalist*innenklasse heute immer weniger zu Kompromissen bereit ist und auf ein aggressiveres Vorgehen gegen soziale und arbeitsrechtliche Errungenschaften drängt, hält die Sozialdemokratie auf naive Weise an der Sozialpartner*innenschaft fest. Damit manövriert sie sich nicht nur selbst in einen fortschreitenden politischen Niedergang, sondern verdammt insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen zu Passivität und treibt sie in Resignation.

Unter dem bestehenden Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital ist ein ernsthafter Klassenkampf von unten allerdings kaum möglich wenn die bestehenden, sozialdemokratisch dominierten Kräfte der Arbeiter*innenbewegung (Parteiorganisationen, Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Betriebsräte) nicht in den Widerstand gegen die schwarz-blaue Regierung gedrängt werden. Das geeignete Mittel dafür wäre der Kampf für eine Einheitsfront aller Organisationen der Linken und der Arbeiter*innenbewegung gegen Regierung und Kapital. Damit meinen wir die gemeinsame Aktion gegen zentrale Angriffe von oben, für gemeinsame Forderungen, aber Beibehaltung der politischen Unabhängigkeit aller Beteiligten. Den linkeren Kräften innerhalb der Sozialdemokratie würde der Kampf für eine solche Einheitsfront helfen, die Passivität in ihren Organisationen zu überwinden. Den linkeren Kräften au-

ßerhalb der Sozialdemokratie würde er ermöglichen, vor einem breiteren Kreis an Lohnabhängigen, dem sozialdemokratischen Reformismus eine politische Alternative gegenüber zu stellen.

Für eine erfolgreiche klassenkämpferische Politik hier und heute brauchen wir eine Einheitsfront – doch der Kampf für die Einheitsfront selbst muss durch kommunistische Politik geführt werden: Die überwiegende Mehrheit der linken Kräfte innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie lehnen die Einheitsfront heute praktisch ab. Unfähig zu einer Taktik, die die bestehenden Kräfte der Arbeiter*innenbewegung mit einer eigenständigen politischen Strategie abseits des Reformismus konfrontiert, wenden sie sich entweder von der Arbeiter*innenbewegung ab (Sektierertum) oder - was sich aber keineswegs ausschließt - passen sich mehr oder weniger dem Reformismus an (Opportunismus). In der einen oder anderen Form können wir das in der antikapitalistischen Linken bei den allermeisten Organisationen/Kräften mit (post-)autonomer, stalinistischer/maoistischer, links-sozialdemokratischer und eurokommunistischer Herkunft beobachtet, sowie sogar bei vielen Organisationen aus trotzkistischer Tradition.

Die Vermeidung sektiererischer und opportunistischer Fehler gegenüber der bestehenden Arbeiter*innenbewegung ergibt sich erst aus dem ehrlichen Versuch, den Sozialismus in die Arbeiter*innenbewegung zu tragen. Der zusammengefasste Ausdruck davon ist der praktische Kampf für ein eigenständiges Programm, das marxistischen Ansprüchen tatsächlich genügt. Es muss die Arbeiter*innenklasse als Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung anerkennen, daher die Einheit im Kampf für ihre Interessen betonen, aber den bürgerlichen Einfluss auf die Arbeiter*innenbewegung bekämpfen, sowie einen politisch unabhängigen Weg von den aktuellen Tageskämpfen zur Überwindung des Kapitalismus aufzeigen. Nur mit einem solchen revolutionären Übergangsprogramm kann die Krise der Arbeiter*innenbewegung und der Linken gelöst werden.

Sozialabbau und Geschenke für die Reichen

Die schwarz-blaue Regierung von Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache ist eine Regierung für die Reichen und die Kapitalist*innen. Ihr zentrales Anliegen ist die erleichterte Kapitalverwertung für das österreichische Kapital auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung, das Leben der lohnabhängigen Bevölkerung soll erschwert werden und das der Wohlhabenden und Kapitalist*innen erleichtert werden. Ein wichtiges Mittel dafür sind Abgabensenkungen, durch welche die Kosten für staatliche und halbstaatliche Ausgaben noch stärker von den Reichen und den Unternehmen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden oder nicht weiter finanziert werden. Das trifft vor allem die Arbeiter*innenklasse und erwerbslose Jugendliche, Alte, Geflüchtete, usw., die zukünftig auf Sozialleistungen verzichten müssen oder mehr dafür bezahlen müssen.

So ist es zu verstehen, dass diese Regierung die Abgabenquote auf 40 % senken möchte. Dass es ihr dabei nicht um eine Entlastung der „einfachen“ arbeitenden Bevölkerung geht, hat sie mit ihrem Prestigeprojekt „Familienbonus plus“ gezeigt. Diese Maßnahme zur Ab-

setzbarkeit der Einkommenssteuer hat höhere Einkommen gezielt stärker entlastet und verläuft parallel zur Senkung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds, über den die Familienbeihilfe finanziert wird. Die Senkung der Abgabenquote ist tatsächlich eine groß angelegte Umverteilung von Unten nach Oben.

Die Regierung hat sich die Kürzung der Lohnnebenkosten auf die Fahnen geschrieben. Dabei geht es um jene Kosten, die die Unternehmen in Form von Abgaben abseits der Bruttolöhne zu zahlen haben. Das betrifft zum Großteil die Unternehmensbeiträge zur Krankenversicherung, zur Unfallversicherung, zur Pensionsversicherung und zur Arbeitslosenversicherung aber auch Kosten wie Entgeltfortzahlungen, Abfertigungen, etc. Alle Entlastungen für die Kapitalist*innen bei den Lohnnebenkosten laufen auf die eine oder andere Art und Weise auf Belastungen für die lohnabhängige Bevölkerung hinaus. So auch die Zusammenlegung der Sozialversicherungen, mit der sowohl Einsparungen als auch Umschichtungen der Kosten weg von den Unternehmen einher gehen. Die Lohnnebenkosten sind somit ein Teil des Lohns, für den die Arbeiter*innen kämpfen sollten.

Ein offenes Geschenk an die Kapitalist*innen ist die Senkung der Körperschaftssteuer im Rahmen einer Steuerreform. Mit der KöSt werden die Unternehmensgewinne besteuert, die letztendlich nur von den Arbeiter*innen erwirtschaftet werden. Die Regierung möchte diese Steuer im Fall von nicht entnommenen Gewinnen von 25 % auf 12,5 % halbieren und den Unternehmen damit jährlich über zwei Milliarden Euro an Staatseinnahmen übertragen.

Es ist davon auszugehen, dass es im Zuge einer allgemeinen Steuerreform auch die eine oder andere Entlastung für niedrigere mittlere Einkommen geben wird. Entsprechende Maßnahmen dienen aber in erster Linie zur Verschleierung der Umverteilung und zur leichteren Durchsetzung des Gesamtprojekts. Dabei besteht die Gefahr der Verflachung der Steuerprogression und der Absenkung des Spitzensteuersatzes.

Zusätzlich zu diesen Entlastungs- und Umverteilungsmaßnahmen setzt die schwarz-blaue Regierung zahlreiche kleinere Einsparungen auf Kosten der sozial Benachteiligten und Unterdrückten. So etwa bei der Deckelung der Mindestsicherung oder ihrer Kopplung an Aufenthaltsdauer und Sprachkenntnisse um Geflüchtete und Zugewanderte auszuschließen oder geringer abzuspeisen. So auch bei der Kürzung des AMS-Budgets, die besonders Geflüchtete und Langzeitarbeitslose trifft. Oder aber auch die Kürzungen zahlreicher Förderungen, zum Beispiel für Frauenvereine die sich für Gleichstellung engagieren.

All diese Umverteilungs- und Sparmaßnahmen werden ideologisch mit der Stärkung des „Wirtschaftsstandorts Österreich“ gerechtfertigt. Dabei wird eine Interessengemeinschaft aller österreichischen Bürger*innen abseits ihrer Klasseninteressen konstruiert. In Wahrheit geht es um die Kapitalinteressen, denen die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung untergeordnet werden. Die Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit hat nichts anderes zum Inhalt als die Platttheit, dass die Arbeiter*innen von den Kapitalist*innen abhängig wären. Tatsächlich sind es die Kapitalist*innen die von den Arbeiter*innen abhängig sind. Der Kapitalismus ist ein System, das sich selbst überlebt hat, die privatwirtschaftlichen Profitinteressen der Kapitalist*innen hemmen dabei die wirtschaftliche Entwicklung sowie die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes. Die Standort-

logik dient dazu die Arbeiter*innen gegen einander auszuspielen und die Kapitalinteressen durchzusetzen. Die Arbeiter*innen müssen ihre eigenen Interessen erkennen und sich gemeinsam und solidarisch zur Wehr setzen.

» *Nein zu jeglichem Sozialabbau! Keine Leistungsreduktionen bei Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung. Für eine einheitliche Sozialversicherung unter Kontrolle der Arbeiter*innenbewegung ohne Privilegien - Anpassung der Leistungen nach Oben, auf Kosten der Reichen und Kapitalist*innen.*

» *Keine Steuergeschenke für die Reichen, die Unternehmen und die Kapitalist*innen! Nein zur Senkung der Lohnnebenkosten die der Finanzierung von Sozialleistungen dienen. Nein zur Senkung der Körperschaftssteuer.*

» *Gegen jede Streichung von Förderungen, die zum Kampf gegen soziale Unterdrückung wie Rassismus und Frauenunterdrückung verwendet werden. Kontrolle der Vergabe von Förderungen durch Organisationen der Arbeiter*innenbewegung wie beispielsweise Gewerkschaften oder Arbeiter*innenräte.*

» *Für eine Einheitsfront aller Organisationen der Linken und der Arbeiter*innenbewegung gegen Sozialabbau und Umverteilung von Unten nach Oben!*

» *Für den Ausbau des Sozialstaats auf Kosten der Reichen und der Kapitalist*innen! Für starke, progressive Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen, Erbschaften, Finanzspekulationen und Unternehmensgewinne bei Abschaffung indirekter Steuern.*

» *Für die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen um Steuer- und Kapitalflucht zu verhindern. Für die Offenlegung der Geschäftsbücher und Unternehmenskonten zur Kontrolle durch die Beschäftigten. Bankkonten müssen für Inspektionen durch gewählte Vertreter*innen der Arbeiter*innenbewegung zugänglich sein.*

Angriffe auf die Arbeiter*innenklasse und Arbeitslose

Die schwarz-blaue Regierung hat sich die Umsetzung wichtiger Anliegen des österreichischen Kapitals zum Ziel gemacht. Die österreichische Bourgeoisie, vertreten durch Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und Co., drängt auf eine verschärfte Offensive gegen die Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung. Auf diese Weise möchte sie die Verwertungsbedingungen des Kapitals verbessern damit sie sich besser am internationalen Markt positionieren kann.

Mit der Ausweitung der Tageshöchst Arbeitszeit auf 12 Stunden wurde eine zentrale Forderung der Kapitalist*innen durchgesetzt. Dadurch können die Unternehmen einfacher auf „ihre“ Arbeitskräfte zugreifen wenn sie es für notwendig halten, sowie mehr Überstunden arbeiten lassen. Für die Arbeiter*innen bedeutet das weniger Selbstbestimmung und Freizeit, dafür mehr Arbeit, Belastung und Erkrankung. Die Kapitulation der Gewerkschaftsführung vor diesem Angriff hat außerdem zur Demoralisierung der Lohnarbeiter*innenschaft in Österreich beigetragen und die Unternehmer*innen zu neuen Vorstößen ermutigt.

Ein zweites zentrales Projekt dieser Regierung ist die Reform von Arbeitslosenversicherung, Notstandshilfe und Mindestsicherung. Mit dem „Arbeitslosengeld neu“ soll ein Hartz-IV ähnliches System in Österreich etabliert werden. Dabei wird die Höhe des Arbeitslosengelds mit der Bezugsdauer abnehmen. Bei Abschaffung der Notstandshilfe bleibt nach Verlust des Anspruchs auf Arbeitslosengeld nur noch die Mindestsicherung, für die das eigene Vermögen weitgehend aufgebraucht sein muss. Auf diese Weise wird der ökonomische Druck auf Arbeitslose erhöht, so dass diese verstärkt in Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen gedrängt werden. Dieser Druck wird besonders auf ärmere Arbeiter*innen in prekären Verhältnissen wirken und den Niedriglohnsektor in Österreich insbesondere für Frauen, Migrant*innen und Jugendliche ausweiten.

Die Spaltung der Arbeiter*innenklasse in „In- und Ausländer*innen“ wird von ÖVP und FPÖ bewusst vorangetrieben. Dadurch werden Angriffe auf die Schwächsten in der Gesellschaft durchgeführt und diese zur Überausbeutung missbraucht. In diese Richtung geht auch die diskriminierende Reform der Mindestsicherung, durch die Zugewanderten der Bezug verwehrt oder nur vermindert gewährt wird. Auf diese Weise werden Migrant*innen und Geflüchtete in die prekärsten Verhältnisse oder in extreme Armut und Kriminalität getrieben – eine perfide Strategie mit der durch Ausgrenzung die Probleme für neue rassistische Hetzkampagnen geschaffen werden.

Weiters haben sich Kurz und Strache den Rückbau von Arbeitsschutzbestimmungen vorgenommen, laxeres Vorgehen gegen Verstöße dagegen („beraten statt strafen“) sowie generell geringere Strafen (Aufhebung des Kumulationsprinzips). Im Zusammenhang mit der geplanten finanziellen Schwächung der Arbeiter*innenkammer werden diese Pläne die Willkür der Unternehmer*innen gegenüber den Arbeiter*innen verstärken. Auch Angriffe auf die Kollektivverträge zeigen klar woher der Wind weht. In der Diskussion über den freien Karfreitag für Angehörige bestimmter Religionsgruppen wurde von der Regierung in den Generalkollektivvertrag eingegriffen – und damit die Kollektivvertragshoheit von ÖGB und WKO in Frage gestellt. Dieser offene Angriff lässt vermuten, dass die Regierung in weiterer Folge keine Scheu davor haben wird auch das Günstigkeitsprinzip oder Kollektivverträge generell in Frage zu stellen. Damit würde die Macht der Kollektivverträge geschwächt und schlechteren Regelungen, sei es durch Gesetze, Betriebsvereinbarungen oder Dienstverträge, Tür und Tor geöffnet.

Kurz und Strache stehen für einen aggressiver auftretenden Teil der österreichischen Kapitalist*innenklasse, die auf Grundlage einer neoliberalen Leistungsideologie die Spaltung der Arbeiter*innenklasse in fleißig und schmarotzend betreibt. Mögen besser gestellte Schichten der Arbeitenden zeitweise auf Kosten der Schwächeren ihre soziale Stellung behaupten, begünstigt diese Spaltung die verschärft Ausbeutung der unteren Ränge und bringt die Errungenschaften der Arbeiter*innenklasse insgesamt ins Wanken. Der Angriff auf wenige muss als Vorstoß gegen alle verstanden werden.

*» Solidarität aller Arbeitenden und gemeinsamer Widerstand gegen die Angriffe auf arbeitsrechtliche Errungenschaften. Stärkung des Klassenbewusstseins durch Aufklärung und kämpferische, branchenübergreifende Aktionen der Arbeiter*innen. Gegen alle Angriffe und Aufweichungen der Kollektivverträge!*

» Keine weitere Ausweitung der Arbeit durch zusätzliche Überstunden! Für die Rücknahme des Gesetzes zum 12-Stunden-Tag. Die Gewerkschaften müssen den Kampf wieder aufnehmen und sich den Abbau von Überstunden-Regelungen zum Ziel setzen.

» Nein zum „Arbeitslosengeld neu“, nein zur Abschaffung der Notstandshilfe! Für ein dauerhaftes Arbeitslosengeld, dessen Höhe von den Organisationen der Arbeiter*innenbewegung festgelegt wird.

» Für die Aufteilung der Arbeit auf alle zur Verfügung stehenden Hände unter demokratischer Kontrolle der Belegschaften! Für die Einführung einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ersten Schritt in diese Richtung.

» Für einen lückenlosen steuerfreien Mindestlohn von 1.700 Euro netto bei Vollzeitbeschäftigung!

» Gegen jegliche Spaltung innerhalb der Arbeiter*innenklasse aufgrund Herkunft, Geschlecht, Alter oder sexueller Orientierung. Kampf der sozialen Unterdrückung innerhalb der Arbeiter*innenbewegung!

Gewerkschaften, Kammern und Sozialpartner*innenschaft

Die Gewerkschaften sind die elementaren Interessensvertretungen der Lohnarbeitenden. Als solche sind sie notwendige Organisationen, um die Arbeiter*innenklasse vor Lohndumping, Misshandlung und Überausbeutung zu schützen. Deshalb versuchen die Kapitalist*innen beständig den Einfluss der Gewerkschaften zurückzudrängen oder sie in zahnlose Scheininstrumente zur verwandeln und dadurch die Ausbeutung der Arbeitenden zu erhöhen.

In Österreich ist immer noch mehr als jede*r vierte Beschäftigte Gewerkschaftsmitglied. Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder war in der Vergangenheit aber auch deutlich höher. 1984 erreichte er einen Höhepunkt, als fast jede*r zweite Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert war. Doch dann setzte recht bald der neoliberale Schwenk der sozialdemokratischen Partei und damit auch der Gewerkschaftsführung ein. Viele Mitglieder verließen den ÖGB. Heute sehen wir, dass die Mitgliederzahlen leicht auf etwas über 1,2 Millionen angewachsen sind. Die schwarz-blaue Gefahr führte auch dazu, dass sogar eine Steigerung der Mitgliedszahlen, wenn auch nur um wenige tausend, verzeichnet wurde.

Trotzdem treten die Gewerkschaften selten als ernst zu nehmende Kampfinstrumente der Arbeiter*innenklasse in Erscheinung. Das liegt vor allem an der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die eine eigenständige Aktivität der Gewerkschaftsbasis unterbindet geschweige denn aktiv befördert. Ganz in der Tradition der Sozialpartner*innenschaft sucht sie lieber den strategischen Kompromiss mit den Kapitalist*innen und der Regierung. Durch diese Politik wurde die Bürokratisierung der österreichischen Gewerkschaften extrem befördert. Sie liegen heute durch und durch in den Händen bürokratischer Funktionärscliquen.

Für die schwarz-blaue Regierung sind die Gewerkschaften trotz alledem gewichtige Störfaktoren. Ihr Angriff richtete sich bisher allerdings nicht gegen die Gewerkschaften selbst sondern nur gegen die Arbeiter*innenkammer. Diese sollte laut Regierungsplänen durch eine Kürzung der Kammerumlage zumindest finanziell beeinträchtigt werden, FPÖ und NEOS fordern sogar die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft. Da viele Lohnabhängige von den Leistungen der Arbeiter*innenkammer profitieren, sind wir klar gegen solche Angriffe. Anders als die Gewerkschaften ist die Arbeiter*innenkammer aber kein (potentielles) Kampfinstrument der Arbeitenden. Sie ist eine staatliche Interessensvertretung im Rahmen der Sozialpartner*innenschaft und unterliegt eigenen gesetzlichen Beschränkungen, durch die die Arbeiter*innen im Zaum staatlicher Regulierung der Klassenbeziehungen gehalten und damit politisch gehemmt werden. Um die Ressourcen vollständig im Interesse der Arbeiter*innenbewegung nutzen zu können, ist es notwendig die Kammern vom Staatsapparat zu lösen und in die Gewerkschaften einzugliedern.

Wir kämpfen für die Umwandlungen der Gewerkschaften in tatsächliche Instrumente des allgemeinen Klassenkampfes gegen die kapitalistische Klassenherrschaft. Dafür ist ein Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie notwendig, der ihr die Kontrolle über die Apparate entreißt und sie in die Hände der Arbeiter*innen selbst legt. Hierfür braucht es eine klassenkämpferische, antibürokratische Basisbewegung all jener Kräfte, die einen Kampf für Arbeiter*innendemokratie in den Gewerkschaften führen wollen. Das Ziel dabei ist nicht einfach nur die Ersetzung von opportunistischen durch klassenkämpferische Funktionär*innen, sondern die generelle Veränderung und Demokratisierung der Gewerkschaften um sie unter die direkte Kontrolle der Mitglieder zu stellen.

» *Volle Freiheit zur gewerkschaftlichen Organisierung! Nein zu jeglicher staatlicher Einschränkung des Vereins-, Streiks- und Versammlungsrechts der Arbeitenden.*

» *Verteidigt die Arbeiter*innenkammer gegen die Angriffe der Regierung! Löst die Kammer von der Abhängigkeit vom Staatsapparat. Für die Eingliederung ihrer Ressourcen in die Gewerkschaftsbewegung.*

» *Für gewerkschaftliche Organisierungskampagnen, speziell in Branchen mit starkem Anteil an Jugendlichen, Frauen und Migrant*innen.*

» *Gegen jegliche soziale Unterdrückung innerhalb der Gewerkschaften! Für das Recht auf gesonderte Treffen und Strukturen von sozial Unterdrückten (z.B. Jugendlichen, Frauen, Migrant*innen...) zur Wahrung ihrer Interessen.*

» *Schluss mit sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromissen auf Kosten unseres Kampfpotentials. Gegen die Einschränkung gewerkschaftlicher Kämpfe auf betriebliche Angelegenheiten. Für eine kämpferische Basisbewegung in den Gewerkschaften!*

» *Für den Aufbau von gewerkschaftlichen Basisgruppen auf betrieblicher und regionaler Ebene. Für die demokratische Kontrolle der Gewerkschaften durch ihre Basis! Volle Rechenschaftspflicht, Wahl- und Abwählbarkeit der Gewerkschaftsführung. Die Löhne von Funktionär*innen sollen auf die Höhe eines durchschnittlichen Facharbeiter*innenlohns beschränkt sein.*

» *Stellt die Arbeitskämpfe unter die Kontrolle der Kämpfenden! Für die Wahl von Streikkomitees durch streikende Belegschaften. Für regelmäßige Betriebsversammlungen bei Arbeitskämpfen und verpflichtende Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse.*

» *Für eine Neuorganisation der Gewerkschaften nach dem Branchenprinzip! Die Belegschaften in den Betrieben sollten nicht nach arbeitsrechtlichen Kategorien, wie Arbeiter*innen und Angestellte, gespalten sein.*

» *Für die Bildung von Betriebs- und Fabrikkomitees zum Aufbau von Arbeiter*innenkontrolle über die Produktion. Die Betriebe müssen zum Nutzen der Allgemeinheit geführt werden, nicht für die Interessen ihrer Eigentümer*innen!*

Verteidigung demokratischer Rechte - gegen Repression!

Demokratische Rechte wie Versammlungs-, Presse- und Redefreiheit sowie Vereinigungs- und Wahlrecht sind zentrale Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung. Gleichzeitig sind sie in der aktuellen politischen Lage wichtig für die Arbeiter*innenbewegung im Widerstand gegen die Politik der Herrschenden, was sie vermehrt zu einem Problem für relevante Teile der Herrschenden macht. Gerade eine Koalition aus FPÖ und ÖVP hat das strategische Ziel auch diese Errungenschaften zurückzudrängen und die demokratischen Rechte zunehmend einzuschränken. Die geforderte Einführung einer „Schutzhaft“ vor einer gerichtlichen Verurteilung, die nicht enden wollenden Versuche die vom Verfassungsgerichtshof gekippte Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür einzuführen und verstärkte Überwachungsbefugnisse für das Bundesheer zeigen die Tendenz zum Abbau demokratischer Rechte auf. Oft werden dabei Angriffe erst einmal an den unterdrücktesten Gruppen getestet und wenn der Widerstand ausbleibt nach und nach verallgemeinert – beispielhaft dafür stehen politische Maßnahmen gegen den „politischen Islam“ oder Flüchtlinge.

Die Einschränkung demokratischer Rechte ist untrennbar mit der Steigerung von Überwachung und Repression verbunden. Durch zunehmende Kontrolle und Stärkung von Polizei und Militär können potentielle Gefahren für die herrschende Klasse leichter identifiziert und effizienter bekämpft werden. Schwarz-Blau zeigt auch worum es dabei eigentlich geht - sogar das Bundesheer übt schon das Vorgehen gegen Demonstrationen.

Gerade in einer Welt in der das Internet sowie einfacher und freier Zugang zu Informationen immer wichtiger werden, stellt die Einschränkung und Überwachung im Netz einen zentralen Angriff dar. Sowohl von Seiten der EU als auch von Schwarz-Blau sind hier Einschränkung in Vorbereitung bzw. Umsetzung. Das bürgerliche Recht auf Eigentum (Copy Right) und bis zu gewissem Maß auch der Anspruch auf ein Informationsmonopol (Vorgehen gegen „Fake News“ und Co.) stehen über dem freien und gleichen Zugang zum Internet. Wir stellen uns gegen alle Einschränkungen der Netzfreiheit, seien sie begründet durch Terrorschutz, Bekämpfung von Hasskommentaren oder „Fake News“.

Dass die sogenannte Demokratie in der wir leben nicht tatsächlich demokratisch ist erkennt man genauso daran, dass kein direkter Einfluss auf die Besetzung wichtiger Positionen in Politik und Rechtsprechung möglich ist, wie auch daran, dass eine einmal gewählte Regierung de facto während der Legislaturperiode für ihre Politik keine Rechenschaft ablegen muss. Wir verteidigen deshalb nicht die bürgerliche Demokratie als solches. Sie ist immer eine Herrschaft im Interesse der Kapitalist*innen, das lässt sich an der Zentralität des kaum antastbaren Rechts auf Eigentum feststellen, das über vielen anderen Menschenrechten steht (Recht auf Arbeit, etc.). Wir verteidigen deshalb immer nur die von der Arbeiter*innenbewegung erkämpften demokratische Rechte, aber nicht abstrakt „die Demokratie“. Insbesondere bedienen wir uns dabei den Mitteln des Klassenkampfes und nicht des Appells an den bürgerlichen Staat, das Parlament oder die Justiz.

» *Keine Einschränkung des Versammlungs-, Vereins- und Wahlrechts! Gegen alle Versuche Streiks zu kriminalisieren, ob „genehmigt“ oder „wild“.*

» *Gegen jede Kriminalisierung der Linken und des Widerstands! Abschaffung aller Gesetze, die dazu dienen fortschrittliche Organisationen und Bewegungen zu kriminalisieren – weg mit § 242 Hochverrat, § 246 Staatsfeindliche Verbindung, § 247a Staatsfeindliche Bewegung, §274 „Landfriedensbruch“, §278 Kriminelle Vereinigung, § 278b Terroristische Vereinigung und Co.*

» *Trennung von Kirche und Staat – Religion ist Privatsache! Kirche und Religion raus aus den Schulen und allen staatlichen Institutionen. Gegen das Konkordat und alle Privilegien der katholischen Kirche.*

» *Für volle Religionsfreiheit – gegen religiöse Diskriminierung! Jeder Mensch hat das Recht sich aktiv für eine Religion zu entscheiden. Für die volle Freiheit über das Tragen oder Nicht-Tragen religiöser Symbole – vom Kreuz bis zur Burka.*

» *Der Krieg gegen die Drogen ist gescheitert, statt Repression braucht es Aufklärung und Prävention. Legalisierung von Drogen unter Kontrolle der Arbeiter*innenbewegung und breite und ehrliche Aufklärungskampagnen über die Folgen und Risiken von Drogenkonsum.*

» *Gegen alle Maßnahmen zur Überwachung der Bevölkerung! Gegen Vorratsdatenspeicherung und Bundestrojaner! Freier Internetzugang ohne Einschränkungen durch den bürgerlichen Staat.*

» *Vetorecht für Arbeiter*innenkontrollkomitees gegen Gerichtsurteile. Wahl- und jederzeitige Abwahlmöglichkeit der Richter*innen durch diese Organe.*

» *Unterstützung aller Forderungen nach parlamentarischer Kontrolle über die Sicherheitsorgane, aber keine Illusionen in ihre Benutzung als Instrumente der Werktätigen: Polizei, Armee und Geheimdienste müssen zerschlagen werden!*

» *Für die Abschaffung von Bundespräsident und Bundesrat! Für die Abschaffung der Einzugshürde ins Parlament von 4 %! Für Rechenschaftspflicht und Abwählbarkeit aller staatlichen Organe!*

Jugend und Bildung

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Jugend heute im Kapitalismus keine Zukunft hat. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg hat diese Generation kaum eine Perspektive ihren Lebensstandard gegenüber ihren Eltern zu verbessern und der menschengemachte Klimawandel stellt die gesamte Existenz der menschlichen Zivilisation in Frage. Gerade Jugendliche sind in vielen Kämpfen die heute schon stattfinden an vorderster Front.

Rechtlich und gesellschaftlich sind Jugendliche immer noch einer systematischen Unterdrückung unterworfen, sie dürfen nicht über ihr eigenes Leben bestimmen und sind rechtlich nicht gleichgestellt (z.B. sind Jugendliche ab 14 strafmündig, sollen ab 15 Arbeiten können, dürfen aber erst mit 16 Jahren wählen und sind erst mit 18 volljährig).

Die schwarz-blaue Regierung bietet Jugendlichen keine Verbesserungen. Das Bildungsbudget hat seit Jahren keinerlei relevanten Verbesserungen erlebt und wird das auch in absehbarer Zukunft nicht. Stattdessen will die Regierung den Bildungssektor noch mehr als bisher an die Bedürfnisse der Wirtschaft anpassen. Auch bezüglich des freien Bildungszugangs – insbesondere in der Frage von Studiengebühren – vollzieht die Regierung einen klaren Rückschritt. Speziell in der Schule versucht sie Migrant*innen von „Einheimischen“ zu trennen, beispielhaft dafür ist die Absonderung von Kindern ohne „ausreichende“ Deutschkenntnisse von den übrigen Kindern in speziellen „Sonderklassen“. Generell steckt die Schulbildung in vielen Punkten immer noch im 19. Jahrhundert, sowohl was die Aufteilung in Gymnasien und (Neue) Mittelschulen angeht, als auch was die Vermittlung des Unterrichts anbelangt. Hier braucht es grundlegende Änderungen.

Die Jugendlichen, die die Möglichkeit haben eine höhere Ausbildung auf Fachhochschulen oder Universitäten zu machen, sehen sich auch mit großen Problemen konfrontiert. Seit Jahren sind Universitäten unterfinanziert. Hörsäle sind überfüllt, die Ausbildung wird immer mehr an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet und (gesellschafts)kritische Lehre tritt in den Hintergrund. Auch im Berufsleben werden Studierende in Praktika (die in manchen Studienrichtungen sogar verpflichtend sind) teilweise ohne irgendeine Entschädigung, geschweige denn ein echtes Gehalt oder sozialversicherungsrechtliche Ansprüche, ausgebeutet. Für die Verbesserung der Bedingungen an den Universitäten genauso wie zur Abwehr der Angriffe der Regierung auf Studierende ist der Zusammenschluss mit der Arbeiter*innenbewegung notwendig, denn nur mit dem Druck dieser sind echte Erfolge möglich. Gleichzeitig bietet ein Zusammenschluss von Jugend- und Arbeiter*innenbewegung die Möglichkeit neues Leben in deren verstaubte und trägen Strukturen zu bringen.

Aber nicht nur in Schulen und Universitäten haben Jugendliche mit fehlenden Verbesserungen bzw. Verschlechterungen zu kämpfen. Auch in der Lehre werden Jugendliche primär als billige Arbeitskräfte verwendet. Heute gibt es in Österreich einen strukturellen Lehrstellenmangel. Das ist aber durchaus nicht das einzige oder zentralste Problem. Prin-

ziell ist die Lehrausbildung mehr als mangelhaft, es braucht eine grundlegende Reform der (Berufs)Ausbildung. Statt der starren Trennung zwischen einer schulischen oder betrieblichen Ausbildung treten wir generell für die Verknüpfung von Theorie und Praxis (auf allen Ebenen des Bildungswesens) ein. Lehrlinge sollten mehr Zeit in der Berufsschule verbringen, dort mehr allgemeine, naturwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Bildung erhalten und die Zusammenhänge der (inter)nationalen Produktion über ihren Beruf hinausgehend lernen.

Aufgrund der speziellen Bevormundung von Jugendlichen in unserer Gesellschaft, aber auch aufgrund der besonderen Formen ihrer Politisierung, treten wir für die politisch unabhängige Organisation von Jugendlichen ein. Hier und heute arbeiten wir in einer engen Kampfparnter*innenschaft mit der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION und unterstützen damit den Aufbau einer revolutionären, unabhängigen Jugendbewegung im Bündnis mit der Arbeiter*innenbewegung.

- » *Volle Rechte für Jugendliche ab dem vollendeten 15. Lebensjahr! Wer arbeiten darf, muss auch als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft gelten!*
- » *Staatliches Mindesteinkommen (Ausbildungsgeld bzw. Lehrlingsgehalt) für Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr um ihnen auch finanzielle Selbstbestimmung zu sichern.*
- » *Gratis Sport-, Kultur- und Bildungsangebote für Jugendliche.*
- » *Ausfinanzierung von Schule und Uni! Statt Einsparungen braucht es einen*
- » *substantiellen Ausbau des Budgets. Um finanzielle Unterschiede auszugleichen, müssen alle Lehrmittel staatlich zur Verfügung gestellt werden.*
- » *Verbot von unter- und unbezahlten Praktika! Bezahlung mindestens in Höhe der kollektivvertraglichen Einstiegsgehälter der vergleichbaren Tätigkeit sowie volle sozialversicherungsrechtliche Ansprüche.*
- » *Modernisierung der Schulbildung und Lehrmethoden, Verkleinerung der Schüler*innenzahl pro Klasse, massive Einstellung von Lehrkräften und Bestimmung der Lehrinhalte durch die Arbeiter*innenbewegung, Lehrer*innen und die Jugendlichen selbst.*
- » *Einführung einer Gesamt- und Ganztagschule. Trennung von Schule und Freizeit: Lernen und Selbstübung sollen im Rahmen einer Ganztagschule stattfinden.*
- » *Grundlegende Reform der Lehrausbildung, Ende der Überspezialisierung auf einen einzigen Beruf und der Trennung von Theorie und Praxis. Bestimmung der Ausbildungsinhalte durch die Arbeiter*innenbewegung.*
- » *Lehrlingsentschädigung in der Höhe der kollektivvertraglichen Einstiegsgehälter ungelernter Arbeitskräfte im ersten Lehrjahr, gleiche Rechte für Lehrlinge im Betrieb!*
- » *Keine Einschränkung bei den Vertretungsorganen von Jugendlichen, sei es der Jugendvertrauensrat, die Schüler*innenvertretung oder die Hochschul*innenschaft.*

Frauenunterdrückung

Die Unterdrückung von Frauen ist eine der ältesten Unterdrückungsformen, der Kapitalismus hat sie nicht „erfunden“, trotzdem ist sie mit seiner Existenz eng verknüpft. Auch wenn in Österreich im Laufe der Zeit bereits wichtige Errungenschaften wie das Frauenwahlrecht erkämpft wurden und inzwischen auf verschiedensten Ebenen eine rechtliche Gleichstellung von Frauen offiziell verankert ist, ist die gesellschaftliche Realität von Gleichberechtigung weit entfernt. Dabei geht es nicht nur um den nach wie vor starken „individuellen“ Sexismus, sondern auch um strukturelle Probleme. Unter einer reaktionären Regierung wie Schwarz-Blau wird auch ein rückschrittliches Frauenbild gesellschaftlich wieder stärker und frauenpolitische Vereine werden finanziell ausgehungert.

Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern liegt in Österreich bei circa 38 %, verantwortlich dafür sind verschiedene Faktoren. Stärkere Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigung unter Frauen hängen vor allem damit zusammen, dass diese nach wie vor den Großteil der unbezahlten Hausarbeit leisten – ob Kochen, Putzen, Waschen, Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen. In den meisten Fällen übernehmen Frauen diese Aufgaben, häufig zusätzlich zu einem Lohnarbeitsverhältnis. Schlechtere Entlohnung in Branchen mit überwiegend weiblichen Beschäftigten ist nach wie vor üblich – obwohl es sich wie zum Beispiel in Gesundheits- und Sozialberufen oft um hochqualifizierte, verantwortungsvolle und psychisch sowie physisch anstrengende Jobs handelt. Diese Faktoren zeigen bereits ein erhebliches Maß an Ungleichbehandlung, doch selbst wenn man sie beiseite schiebt zeigt eine Untersuchung der Statistik Austria aus dem Jahr 2014, dass Gleichbehandlungsgesetze nicht viel bringen – Frauen verdienen demzufolge durchschnittlich 13,6 % weniger als Männer mit genau denselben Merkmalen (Alter, Qualifikation, Erfahrung, ...). Die ungleiche Bezahlung wirkt sich für alleinerziehende Frauen am stärksten aus. 93 % der Alleinerziehenden sind Frauen und Ein-Eltern-Familien sind doppelt so oft wie die Durchschnittsbevölkerung von Armut betroffen. Im hohen Alter ist die Ungleichheit am größten – Frauen bekommen im Schnitt 43 % weniger Pension als Männer.

Gerade diese ökonomische Ungleichbehandlung führt auch dazu, dass Frauen sich oft in extremen Abhängigkeitsverhältnissen zu Partnern oder Familie befinden. Selbst bei physischer oder psychischer Misshandlung bleiben Frauen oft in Beziehungen, weil sie die ökonomischen Folgen einer Trennung fürchten. Auch ist der Umgang mit Frauen, die Gewalttaten melden immer noch diskriminierend, nicht nur bei Behörden sondern auch im persönlichen Umfeld kommt es nach wie vor häufig dazu, dass Frauen selbst die Schuld an ihrer Belästigung gegeben wird. Daher ist es nicht überraschend, dass viele Gewalttaten insbesondere innerhalb der Familie nie angezeigt werden – umso schockierender sind die offiziellen Zahlen, denn Gewalt an Frauen ist auf dem Vormarsch. Im Jahr 2017 gab es 1.275 Anzeigen wegen Vergewaltigung und sexuellem Missbrauch, der größte Teil innerhalb der Familie – damit ist Österreich anteilmäßig Spitzenreiter in Europa. Rund 19.000 Opfer familiärer Gewalt gab es offiziell in diesem Jahr in Österreich, auch Frauenmorde nehmen zu. Ein reaktionäres Frauenbild führt direkt zu Gewalt. Die Regierung instrumen-

talisiert diese dramatischen Entwicklungen für ihre rassistische Propaganda. Gewalt an Frauen wird von der Regierung und den meisten Medien überproportional thematisiert wenn sie von Menschen mit Migrationshintergrund begangen wird.

Auch über ihre Kleidung und ihren Körper dürfen Frauen nicht selbst bestimmen. Nicht nur weil ständig in sexistischer Art und Weise die Kleidung und die Anzahl der Sexualpartner*innen beurteilt und Frauen in Kategorien wie „Schlampe“ oder „prüde“ eingeteilt werden. Auch Gesetze beschränken Frauen massiv im Selbstbestimmungsrecht über ihren eigenen Körper. Allen voran die Fristenlösung gibt Frauen vor unter welchen Umständen sie einen Schwangerschaftsabbruch durchführen dürfen – die Einschränkungen, die solche Gesetze für Frauen und ihre Körper bedeuten werden dabei nicht berücksichtigt. Doch neben der gesetzlichen Einschränkungen gibt es auch noch die finanziellen Belastungen. Die Kosten für Abtreibungen sind in Österreich genauso wie jene für Verhütungsmittel und Hygieneprodukte privat zu bezahlen – das Recht über den eigenen Körper und die eigene Sexualität zu bestimmen wird damit von den finanziellen Mitteln abhängig gemacht. Diese Rechte, so eingeschränkt sie auch sein mögen, wurden von der Frauen- und Arbeiter*innenbewegung erkämpft, doch rechte Kräfte drängen stets darauf auch diese Rechte einzuschränken – lasst sie uns gemeinsam verteidigen und ausweiten!

- » *Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Für Kampagnen der Gewerkschaften zur stärkeren Organisierung von Frauen und der Durchsetzung höherer Löhne in von ihnen dominierten Bereichen.*
- » *Für die Vergesellschaftung der Hausarbeit! Für kostenlose Kantinen und Waschküchen in Betrieben und Stadtteilen.*
- » *Für kostenlose Kinderbetreuung unter Kontrolle der Arbeiter*innenbewegung. Voller Lohn und Jobsicherheit bei Karenz für alle Erziehungsberechtigten für die ersten zwei Lebensjahre des Kindes.*
- » *Für kostenlose Pflegeeinrichtungen unter Kontrolle der Arbeiter*innenbewegung!*
- » *Für eine allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit und die Aufteilung der bezahlten Arbeit auf alle Hände, um auch die noch nicht vergesellschaftete, unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen gleich verteilen zu können.*
- » *Für kostenlose Abtreibungen ohne Fristen und sonstige Einschränkungen! Für kostenlos Zugängliche Verhütungsmittel und Hygieneprodukte!*
- » *Kampf den sexistischen Rollenklischees und Abwertungen in den Medien! Für die demokratische Kontrolle der Beschäftigten über die Medienkonzerne. Für Kontrollen der Inhalte in Medien, insbesondere der Pornographie, auf sexistische Darstellungen durch eigene Kontrollkomitees der demokratisch organisierten Arbeiter*innen- und Frauenbewegung.*
- » *Für Schutzräume für Frauen, die von sexueller Gewalt betroffen sind! Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat – für Selbstverteidigungsstrukturen von Frauen um sich vor sexueller Gewalt zu schützen.*

» *Gegen die Stigmatisierung von Sexarbeit! Kontrolle der Sexarbeiter*innen über ihre Arbeitsbedingungen. Für sichere und selbstverwaltete Bordelle. Gegen Überausbeutung, Zwangsprostitution und Menschenhandel helfen legale Erwerbsbedingungen, gewerkschaftliche Organisation, offene Grenzen und Kontrollen durch die Arbeiter*innen- und Frauenbewegung.*

» *Für das Recht auf gesonderte Treffen von Frauen in der Linken und der Arbeiter*innenbewegung um ihren eigenen Forderungen Nachdruck verleihen und gegen Sexismus und Chauvinismus kollektiv vorgehen zu können.*

» *Für eine proletarische, multiethnische, internationale Frauenbewegung die gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern den Kampf für Frauenbefreiung und Sozialismus international vorantreibt.*

Sexuelle Unterdrückung - Gleiche Rechte für alle

In unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft herrscht eine systematische sexuelle Unterdrückung jener Menschen, die von der bürgerlichen, heterosexuellen Norm abweichen. Davon sind nicht nur Menschen betroffen, die sich von der monogamen Beziehungs- und Sexualmoral abwenden oder gleichgeschlechtliche Beziehungen führen, sondern auch jene, die die Ideologie von biologischer Determinierung der Geschlechtsidentität durchbrechen.

Ein wichtiges Element, das die sexuelle Unterdrückung im Kapitalismus befestigt, ist die bürgerliche Kleinfamilie. In dieser Einheit von Mann, Frau und Kindern in einem kleinen Haushalt werden die in der Gesellschaft typischen Geschlechterverhältnisse reproduziert. Autoritätshörigkeit und sexistische Rollenbilder werden schon früh anerzogen. Die bürgerliche Familie lässt die heterosexuelle Monogamie als unvermeidliche Normalität erscheinen. Das bringt nicht nur eine strukturelle Unterdrückung selbstbestimmter weiblicher Sexualität mit sich, sondern auch eine Unterdrückung aller nicht heterosexuellen Beziehungen. Homo- und bisexuelle Menschen sind deshalb immer noch gesellschaftlicher Unterdrückung unterworfen. Wir fordern nicht nur die rechtliche Gleichstellung, sondern auch den Kampf für eine tatsächliche Anerkennung, insbesondere gleichberechtigte Integration in die Arbeiter*innenbewegung. Auch in der Schule braucht es eine gleichberechtigte Aufklärung über nicht heterosexuelle und monogame Formen der Sexualität und des Zusammenlebens. In den letzten Jahrzehnten gab es zwar in Österreich eine Ausweitung der Rechte von Homo- und Bisexuellen, die schwarz-blaue Regierung ist aber alles andere als eine Vorkämpferin ihrer Rechte. Als Zusammenschluss konservativer Kräfte mit katholisch-reaktionärem Einschlag und der FPÖ, die immer wieder durch homophobe „Einzelfälle“ auffällt, ist sie Gegnerin jeder Bewegung für gleiche Rechte.

Neben der Einschränkung von Homo- und Bisexualität und der Reproduktion von homophoben Rollenbildern befestigt die kapitalistische Familie aber auch eine Ablehnung „untypischer“ Geschlechtsidentitäten. Menschen, die sich nicht mit ihrem biologischen Geschlecht bzw. dem zugeordneten „sozialen Geschlecht“ identifizieren sind gesellschaftlich immer noch ausgegrenzt und verpönt. Ebenso sind Intersexuelle, also Menschen, die

biologisch nicht klar dem weiblichen oder männlichen Pol zuzuordnen sind, gesellschaftlich unterdrückt. Wir treten für die volle rechtliche Gleichstellung und die Überwindung der gesellschaftlichen Unterdrückung ein. Die Arbeiter*innenbewegung muss sich den Kampf für gleiche gesellschaftliche Rechte auf die Fahne heften um die Spaltung der Klasse entlang verschiedener sozialer Unterdrückungsformen zu überwinden.

- » *Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, insbesondere auch das Recht eine Ehe abzuschließen, egal aus welchen Ländern die Menschen kommen.*
- » *Kampf der homo-, trans- und interphoben Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Alltag!*
- » *Für erleichterten Zugang zu Hormontherapie und operativer Angleichung des biologischen Geschlechts, gegen verpflichtende Psychotherapie aber für die Möglichkeit psychologischer Betreuung, sollte diese gewünscht sein – alles bei Übernahmen der Kosten durch die Krankenkasse. Gegen den Zwang das Geschlecht in amtlichen Dokumenten anzugeben.*
- » *Organisierte Selbstverteidigung gegen homo-, trans und interphobe Übergriffe!*
- » *Für das Recht auf gesonderte Treffen in den Organisationen der Arbeiter*innenbewegung, um den Kampf für Gleichberechtigung voranzutreiben und gegen diskriminierendes und chauvinistisches Verhalten vorzugehen!*

Rassismus, Flucht und Migration

Der massive Rechtsruck findet einen besonderen Ausdruck im Anstieg des Rassismus, auch bei der letzten Nationalratswahl war Rassismus ein zentraler Wähler*innenmagnet. In Österreich befinden sich dabei der antimuslimische Rassismus und der Rassismus gegenüber Geflüchteten in einer symbiotischen Beziehung und verstärken sich teils gegenseitig. Nicht nur die Regierungsparteien bedienen Rassismus, auch die Sozialdemokratie versucht mit opportunistischer, rassistischer Anpassung Wähler*innen zu gewinnen. Rassismus erfüllt im kapitalistischen System konkrete Funktionen, er dient dem Drücken der Löhne, indem Migrant*innen systematisch schlechter bezahlt werden, und der Spaltung der Klasse in Österreicher*innen und Nichtösterreicher*innen oder solchen die nicht als „angepasst genug“ wahrgenommen werden. Durch diese Spaltung der Klasse wird nicht nur der gemeinsame Kampf erschwert, es werden die gemeinsamen Klasseninteressen durch gemeinsame Interessen der Österreicher*innen ersetzt und damit das Klassenbewusstsein geschwächt und die Klassengegensätze verschleiert. Doch der Rassismus in Österreich hat längst die Stufe der „reinen Spaltung“ überschritten. Nur zu oft schlägt in offenen Feindschaft über – österreichische Arbeiter*innen machen Migrant*innen und Geflüchtete für ihre Probleme verantwortlich, anstatt gemeinsam den Kampf gegen die Herrschenden zu führen.

Die Regierung rühmt sich oft damit, dass es ihr darum ginge Migrant*innen zur Integration zu zwingen, tatsächlich handelt es sich dabei aber um ihre Assimilation und an vielen

Stellen führt sie darüber hinaus eine aktive Ausgrenzung durch. Gemeinsam mit dieser Ausgrenzung werden z.B. Mittel für Deutschkurse oder Sozialleistungen gestrichen, die von Seiten der Regierung das Ziel haben Geflüchtete und Migrant*innen in die Kriminalität zu treiben. Das ist wiederum hilfreich um den Rassismus zu legitimieren.

Rassismus in den Köpfen wird aufrecht erhalten und geschürt durch eben jene Verschleierung der Klassegegensätze. Migrant*innen werden zu Sündenböcken für Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne gemacht. Ihnen wird vorgeworfen aus dem Sozialsystem nur zu profitieren (obwohl sie in Wahrheit deutlich mehr darin einzahlen als sie heraus bekommen), weswegen weniger Sozialleistungen für Österreicher*innen da wären. Doch der Rassismus existiert nicht nur in den Köpfen, er äußert sich in rassistischer Arbeitsmarktpolitik, rassistischen Polizeikontrollen, rassistischen Gesetzen und vielem mehr. Gerade bei Obergrenzen für Flüchtlinge, Kürzungen der Sozialleistungen für Menschen ohne österreichische Staatsbürger*innenschaft und Diskussionen über Sicherungshaft für Asylwerber*innen sehen wir staatlichen Rassismus in seiner Reinform. Deshalb dürfen wir beim Kampf gegen den Rassismus keiner bürgerlichen Partei vertrauen – Rassismus ist so eng mit Kapitalismus und Imperialismus verwoben, dass der Kampf gegen Rassismus in letzter Instanz im Kampf gegen das gesamte kapitalistische System münden muss – was nicht heißt, dass nicht bereits jetzt gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen gekämpft werden kann und muss!

Zusätzlich liefert der Rassismus den ideologischen Nährboden für rechtsradikale und faschistische Bewegungen und Organisationen. Diese Kräfte bauen heute noch stark auf ihren Schutz innerhalb der Reihen der FPÖ und den reaktionären Burschenschaften, die das Bindeglied zwischen den Freiheitlichen und der faschistischen Szene in Österreich bilden. Abseits davon versuchen auch offene Neonazis ihre Organisationen aufzubauen und dafür den Unmut rechter Kreise über die FPÖ in der Regierung zu nutzen. Erfolgreicher sind aber bisher die sogenannten „neuen Rechten“, insbesondere die „Identitäre Bewegung“, die ihren faschistischen Charakter mit neuen Begriffen und Symbolen zu verschleiern versuchen. Bei einer Zuspitzung des Klassenkampfes in Österreich infolge einer neuen Rezession könnten bedeutendere Teile der herrschenden Klasse auf den Faschismus als Rammbock gegen die Arbeiter*innenbewegung setzen. Die Arbeiter*innenklasse muss sich die Verteidigung ihrer Organisationen und ihrer migrantischen Bestandteile zur Aufgabe machen und die faschistischen Banden zerschlagen!

*» Staatsbürger*innenrechte für alle mit Lebensmittelpunkt in Österreich. Abschaffung aller rassistischen Gesetze! Für volles Wahlrecht und freien Zugang zum Arbeitsmarkt sowie gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit für alle die hier leben!*

» Grenzen auf! Gegen rassistische Grenzpolitik, Frontex und Obergrenzen für Geflüchtete! Für volles Recht auf Aufenthalt und Bewegungsfreiheit für alle. Gegen Schubhaft und Abschiebungen!

» Für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten! Schließung der großen Asylzentren. Für die Möglichkeit auf das selbstbestimmte Leben in Wohnungen, führt die tausenden leerstehenden Wohnungen einer gesellschaftlichen Nutzung zu.

- » *Für die volle Integration von Migrant*innen in die Arbeiter*innenbewegung! Für gewerkschaftliche Kampagnen zur Gewinnung von Geflüchteten und Migrant*innen. Nur eine geeinte Arbeiter*innenbewegung kann den Rassismus erfolgreich bekämpfen.*
- » *Für das Recht auf Muttersprache! Für Formulare und Dolmetscher*innen in allen gängigen Sprachen in Ämtern und Behörden. Für mehrsprachigen Unterricht in den Schulen.*
- » *Gegen Diskriminierung bei der Vergabe von Jobs, Wohnungen, etc. Für Kontrollkomitees aus Migrant*innen und Arbeiter*innenorganisationen gegen Diskriminierung.*
- » *Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat bei der Verteidigung gegen faschistische Übergriffe und Polizeiwillkür! Für Selbstverteidigungsstrukturen von Migrant*innen und Arbeiter*innenorganisationen.*

Wohnen und Gesundheit

Wohnen in Österreich wird immer teurer, die Zeiten in denen es einfach war billige, unbefristete Mietverträge zu finden, sind schon lange vorbei. Zwischen 2005 und 2018 sind die Mietkosten in Österreich um fast 50 % gestiegen, diese Steigerung ist fast doppelt so hoch wie die durchschnittliche Inflation, die für diesen Zeitraum bei 27 % liegt. Ein immer höherer Anteil der Löhne geht auf Fixkosten wie die Mieten drauf. Die Antwort von Kurz und Co. darauf ist, dass man sich doch Wohnungseigentum zulegen solle, wenn man weniger fürs Wohnen ausgeben möchte. Diese Vorstellung ist für den Großteil der Lohnabhängigen in Österreich aber mehr als unrealistisch. Währenddessen wird gerade in den Städten viel Geld mit Mietspekulationen gemacht, zehntausende Wohnungen stehen leer. Speziell in Wien hatte es die Sozialdemokratie lange Zeit mit sozialem Wohnbau geschafft die Preise fürs Wohnen relativ niedrig zu halten, auch heute noch sind durch den hohen Anteil an Gemeindebauten die Mieten in Wien im internationalen Vergleich besser, doch seit 2003 wurde kein neuer Gemeindebau mehr gebaut. Es braucht einen massiven Neubau von sozialen, öffentlichen Wohnungen und die Enteignung der großen Immobilienfirmen.

Doch nicht nur Wohnen ist für einen Großteil der Menschen in Österreich eine finanzielle Belastung. Für viele Familien ist auch die Pflege von Angehörigen eine große finanzielle Bürde, die von Familien mit etwas höherem Einkommen oft nur durch unterbezahlte, oft osteuropäische, Pfleger*innen gestemmt werden können. Für Familien mit niedrigeren Einkommen ist oft nicht einmal das eine Option und die Pflege der Angehörigen muss selbst übernommen werden. Dafür kommen auch heute noch größtenteils Frauen auf, die wie in anderen Gebieten den Großteil der unbezahlten Hausarbeit verrichten müssen. Auch im Gesundheitssystem ist es immer auffälliger, dass dieses mehr und mehr in eine Zwei-Klassen-Medizin zerfällt. Wer es sich leisten kann, kauft sich eine private Zusatzversicherung dazu und wird besser und schneller behandelt. Gleichzeitig „reformiert“ die schwarz-blaue Bundesregierung die Sozialversicherungen und baut die

Macht der Unternehmer*innen in den Kassen aus. Der neue Chef der aus den Gebietskrankenkassen entstandenen Österreichischen Gesundheitskasse wird auch nicht zufällig der FPÖ-Wirtschaftskammer-Vizepräsident Matthias Krenn. Damit einhergehend haben wir in den letzten Jahren in Österreich eine neue Welle der Radikalisierung des Pflegepersonals gesehen, das sich auch von der eigenen Gewerkschaftsführung nicht mehr so einfach über den Tisch ziehen lassen will und sich bei diversen Protesten laut zu Wort meldet. Das ist ein guter und wichtiger Ansatzpunkt für eine starke Bewegung der Arbeiter*innenklasse für echte Verbesserungen im Gesundheitssystem – für Patient*innen und Beschäftigte!

- » *Mittels eines gesetzlichen Basismietzinses und einer Mietzinsobergrenze muss die Teuerung unterbunden werden!*
- » *Grundsteuer und Reparaturkosten müssen aus dem Betriebskostenkatalog gestrichen werden.*
- » *Kontrolle der Mietverträge und der Hausverwaltung durch Mieter*innenausschüsse.*
- » *Ein öffentliches Wohnungsamt, kontrolliert von Gewerkschaften und Mieter*innenausschüssen, muss den zu vermietenden und leerstehenden Wohnraum erfassen und anhand sozialer Kriterien zuteilen um ihn den marktwirtschaftlichen Mechanismen zu entziehen.*
- » *Schaffung von ausreichendem Wohnraum durch eine öffentliche Wohnbauoffensive, finanziert durch Besteuerung der Reichen und erleichteter Zugang zu diesen Wohnungen. Enteignung der großen Immobilienkonzerne unter Kontrolle der Arbeiter*innenbewegung!*
- » *Die Delogierung von Personen mit einem Einkommen unter der Armutgefährdungsgrenze muss verhindert und in weiterer Folge verboten werden. Errichtung öffentlicher, hochwertiger Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mit ausreichenden räumlichen, personellen und technischen Kapazitäten, nicht nur in den großen Städten, sondern auch am Land.*
- » *Ausbau des Sozial- und Gesundheitssystems unter Kontrolle der demokratisch organisierten Arbeiter*innenbewegung!*
- » *Finanzierung des Sozial- und Gesundheitssystems aus den Gewinnen von Unternehmen und dem Einkommen der Reichen*
- » *Für mehr Krankheitsprävention! Für einen Ausgleich zur körperlichen Belastung am Arbeitsplatz während der bezahlten Arbeitszeit, finanziert vom Unternehmen! Für kostenlose Ernährungsberatung und therapeutische Hilfe bei körperlichen und psychischen Problemen!*
- » *Für die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und die entschädigungslose Enteignung aller privaten und kirchlichen Gesundheitsanstalten unter Kontrolle der Beschäftigten! Für die Überführung aller Privat- und Wahlordinationen in Kassenordinationen! Gegen private Zusatzversicherungen und privat bezahlte Gesundheitsleistungen!*

Umwelt

Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert sein in dem es die Menschheit entweder schafft die Probleme des menschengemachten Klimawandels und der Umweltzerstörung zu lösen, oder die menschliche Zivilisation wird ernsthaft in Frage gestellt. Die Losung Rosa Luxemburgs „Sozialismus oder Barbarei“ hat in einer Welt von Atomwaffen und Klimawandel eine noch dramatischere Bedeutung bekommen. Der Klimaerwärmung und die Umweltzerstörung zeigen klar und deutlich auf wie wenig der Kapitalismus dazu fähig ist Probleme, die eine globale Koordination und Planung erfordern, zu lösen. Darüber hinaus ist es offensichtlich, dass die großen kapitalistischen Unternehmen keinerlei Interesse daran haben ihren kurzfristigen Profit aufzugeben für langfristig sinnvolle Lösungen.

Die schwarz-blaue Umweltpolitik ist noch ein klarer Rückschritt gegenüber jener der Großen Koalition. Strache selbst stellt die menschliche Ursache und die Dramatik des Klimawandels in Frage und stellt sich damit klar gegen die Erkenntnisse der Wissenschaft. Ein weiterer Beweis dafür, dass die schwarz-blaue Regierung klar im Interesse der Wirtschaft und des Profits arbeitet und nicht für die große Mehrheit der Menschen in Österreich. Der Kampf gegen Klimawandel und Umweltzerstörung kann deshalb auch nur gegen die Regierung geführt werden.

Die Umweltproblematik ist ein unvergleichbar globales Phänomen. Die bürgerliche Antwort darauf ist die Abschiebung der Verantwortung auf das Individuum und dessen Konsum. Doch Aufgrund der Schwere und Internationalität des Problems ist ganz offensichtlich, dass es eine kollektive, koordinierte und geplante Lösung erfordert. Ganze Wirtschaftszweige (Energie, Landwirtschaft, Transport, etc.) müssen von Grund auf geändert werden. In der Umweltbewegung kämpfen wir für eine antikapitalistische und radikale Ausrichtung. Endeffektiv brauchen wir einen bewussten und auf wissenschaftliche Kriterien gestützten Umgang mit der Problematik der Umweltzerstörung und des Klimawandels. Die Gesetze des freien Marktes sind dafür vollkommen nutzlos, vielmehr braucht es eine auf wissenschaftlichen und demokratischen Prinzipien aufgebaute Planwirtschaft.

Das bedeutet aber nicht, dass wir deshalb die Lösung des Problems auf die Zeit nach der Revolution verschieben können, die Auswirkungen des Klimawandels sind schon heute sichtbar und stellen eine unmittelbare Bedrohung dar. Vor allem in ärmeren Ländern führen die Auswirkungen der menschengemachten Umweltzerstörung und des Klimawandels schon heute zu riesigen Fluchtbewegungen. Laut Weltbank soll es bis 2050 140 Millionen Klimaflüchtlinge geben. Global ist jeder sechste Todesfall auf Krankheiten zurückzuführen, die durch Umweltverschmutzung verursacht wurden. Deswegen braucht es kollektiven Widerstand gegen die Unfähigkeit der Herrschenden mit diesen Problemen umzugehen.

» Schnellstmöglicher Umstieg auf erneuerbare Energien! Für einen Notfallplan zur Umstellung der Wirtschaft auf nachhaltige Energieerzeugung, einen ressourcensparenden Umgang mit Rohstoffen und umweltschonende Produktion. Dazu braucht es massive staatliche Investitionen in Forschung (z.B. in die Fusionst-

technologie) und klimafreundliche Infrastruktur (insbesondere den Ausbau des Schienennetzes und den Umbau des Energienetzes).

» Verstaatlichung der gesamten Energie- und Chemieindustrie sowie des großen Agrobusiness und der Transportunternehmen unter Kontrolle der Beschäftigten.

» Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für einen kostenlosen, qualitativ hochwertigen öffentlichen Nahverkehr.

» Harte Strafen bis hin zur entschädigungslosen Enteignung unter Kontrolle der Beschäftigten von Unternehmen die sich weigern weitreichende Umweltschutzmaßnahmen umzusetzen.

» Für eine globale Klimagerechtigkeit. Die westlichen Staaten, die Jahrzehnte lang auf Kosten der Umwelt ihre Staaten industrialisiert haben, sollen die Kosten des Umstiegs auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise der ärmeren Staaten tragen.

EU, Imperialismus und Krieg

In den letzten Jahren haben wir international eine Verschärfung der Spannungen zwischen den Großmächten erlebt. Nicht erst seit Trumps aggressivem Verhalten gegenüber den internationalen Konkurrenten der USA zeichnet sich dieser Trend ab. In Syrien, der Ukraine, dem Südchinesischen Meer oder im Welthandel zeigt sich die innerimperialistische verschärfte Konkurrenz. Unter diesen Vorzeichen wird proletarischer Antimilitarismus und Antiimperialismus immer wichtiger. Wie die Internationalist*innen vor mehr als 100 Jahren müssen wir klar stellen: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Wir lehnen klar alle militärischen Aktivitäten Österreichs im Ausland ab, seien sie unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe oder nicht. Gerade im traditionellen Hinterhof der österreichischen herrschenden Klasse, dem Balkan, stellt Österreich wichtige militärische Kontingente. Insbesondere in Bosnien und dem Kosovo sind hunderte österreichische Soldaten um „für Recht und Ordnung“ zu sorgen. In Bosnien stellt Österreich darüber hinaus den „Hohen Gesandten“, der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet ist – er kann Gesetze erlassen, gewählte Vertreter*innen entlassen und neue Behörden schaffen. Wir lehnen die Einmischung des österreichischen Staats und Kapitals in die Angelegenheiten anderer Staaten klar ab. Bei kriegerischen Auseinandersetzungen treten wir für die Niederlage des Imperialismus ein.

Die EU erlebt seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ und dem Brexitvotum ihre größte Krise. Die Strukturen und Mechanismen erlauben es den führenden Kräften innerhalb der EU (vor allem Deutschland, aber auch Frankreich) nicht einfach so kleinere und schwächere Staaten zu übergehen. Vor allem Ungarn und Polen zeigen sich hier widerspenstig gegenüber einer weiteren Integration der EU. Aktuell zeichnet sich keine Lösung dieses Problems ab. Die EU selbst ist eine undemokratische und imperialistische Vereinigung, wir können ihr keinerlei politische Unterstützung geben. Gleichzeitig lehnen wir aber einen Austritt Österreichs und ein Zurückziehen auf den nationalen Boden des Klassenkampfes ab. Vielmehr muss es darum gehen den Kampf gegen die EU und ihre reaktionäre Politik auf dem Boden eines europäisch vernetzten und koordinierten Klassenkampfes zu

führen. Obwohl die EU eine tiefgehende wirtschaftliche Vereinheitlichung und Integration der europäischen Wirtschaften mit sich gebracht hat, kann sie nicht die nationalstaatliche Spaltung der einzelnen, nationalen Bourgeoisien überwinden. Eine dauerhafte und echte Vereinigung des europäischen Kontinents ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich, der Kampf muss deshalb auf europäischer Ebene geführt werden. Sein Ziel muss sein die kapitalistischen Institutionen der EU zu zerschlagen und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu errichten.

Im Zuge der Zuspitzung der Widersprüche zwischen den großen imperialistischen Blöcken gibt es auch einen verstärkten Drang zu einem Ausbau der militärischen Möglichkeiten. Immer wieder wird die Frage einer europäischen Armee diskutiert, vor allem um sich militärisch von den USA unabhängig zu machen. Wir lehnen klar jeden Cent für die Repressionsorgane des bürgerlichen Staates – und auch der EU – ab. Es braucht eine antimilitaristische Bewegung, die sich nicht pazifistisch auf die Illusion eines dauerhaft friedlichen Kapitalismus stützt, sondern klar den Kampf gegen bürgerlichen Militarismus mit dem Kampf für die proletarische Revolution verbindet.

Als revolutionäre Marxist*innen ist uns klar, dass der bürgerliche Staat und seine Repressionsorgane nicht übernommen oder erobert werden können. Vielmehr muss die strategische Ausrichtung auf eine Paralisierung der bewaffneten Organe des bürgerlichen Staates und letztendlich ihre endgültige Zerschlagung abzielen. Wir kämpfen für demokratische Rechte von einfachen Soldat*innen im Bundesheer und deren Organisation unabhängig von den Offizier*innen und dem bürgerlichen Staat. Für die Revolution ist aber die Bewaffnung der Arbeiter*innenklasse selbst notwendig. Nur Arbeiter*innenmilizen in Verbindung mit Organen der proletarischen Macht (Arbeiter*innenräten) können den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus stürzen und die Revolution verteidigen.

» *Beendigung aller Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres und Nein zu allen imperialistischen Angriffen.*

» *Für das Recht auf nationale Selbstbestimmung unterdrückter Nationen, gegen die Einmischung Österreichs oder der EU in die Angelegenheiten halbkolonialer Staaten.*

» *Generalstreik bei Kriegsausbruch, für die Niederlage aller kriegsführenden imperialistischen Staaten!*

» *Volle demokratische Rechte für die einfachen Soldat*innen, inklusive des Rechts der unabhängigen Organisation.*

» *Kein Mensch und keinen Cent für das Bundesheer, für die Zersetzung der bürgerlichen Streitkräfte und ihre Ersetzung durch eine Arbeiter*innenmiliz.*

» *Angleichung nach oben von allen europäischen Sozialleistungen. Weg mit allen neoliberalen und reaktionären europäischen Gesetzen und Verordnungen. Weg mit allen ungewählten europäischen Organen wie der europäischen Kommission oder Zentralbank.*

» *Für die Wahl einer souveränen verfassungsgebenden Versammlung aller EU-Staaten und aller Staaten, die sich daran beteiligen wollen, einberufen und*

*kontrolliert von den Kampforganisationen der Arbeiter*innenklasse.*

*» Für internationale Solidaritätsaktionen der Arbeiter*innenbewegung, lassen wir uns nicht anhand nationaler Linien spalten!*

*» Für europaweit koordinierte Kollektivvertragsverhandlungen um Schritt für Schritt europäische Branchengewerkschaften herauszubilden. Angleichung der Arbeiter*innenrechte, Löhne und Sozialleistungen in Richtung des höchsten Niveaus.*

» Gegen das Europa des Kapitals stellen wir die Forderung nach den Vereinigten Sozialistischen Staaten und der europäischen Revolution, als Schritt auf dem Weg zur Weltrevolution!

Revolution und Sozialismus

Die moderne Gesellschaft ist so ungleich wie selten zuvor. Eine Hand voll Menschen besitzt so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Der stetige Anstieg von Freiheit und Demokratie, der noch in den 90er Jahren von bürgerlichen Kommentator*innen gepriesen wurde, entpuppt sich vor dem Hintergrund des globalen Rechtsrucks immer mehr als Illusion. Die Wirtschaftskrise 2007/08 und ihre Folgen zeigen uns, dass der Kapitalismus eine ihm innewohnende Tendenz zur Krisenhaftigkeit hat. Umweltzerstörung und Klimawandel sind im Kapitalismus genausowenig zu überwinden wie diverse soziale Unterdrückungsformen. Schließlich führt die internationale Konkurrenz und vor allem eine Umschichtung des Kräfteverhältnisses der Großmächte zur Bedrohung durch eine neue kriegerische Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Mächten. Das 20. Jahrhundert hatte zwei solche Auseinandersetzungen und es ist nicht auszumalen wie ein dritter Weltkrieg im 21. Jahrhundert aussehen würde.

Der Kapitalismus bietet für die überwältigende Mehrheit der Menschheit keine Perspektive. Die Frage ist nur wie und durch wen er überwunden werden kann. Die globale Arbeiter*innenklasse – hunderte Millionen stark alleine in China und Indien – ist heute so groß wie nie zuvor. Auch in Österreich ist sie die Mehrheit der Bevölkerung - zur Arbeiter*innenklasse gehören eben nicht nur die Beschäftigten in der großen Industrie. Sie alleine hat die Macht die Menschheit in eine neue Gesellschaft zu führen. Die Arbeiter*innenklasse kann durch ihre Stellung in der Produktion den Kapitalismus dort treffen wo es weh tut – in der Erwirtschaftung von Profit. Sie kann durch Streiks, Betriebsbesetzungen und Selbstorganisation die „natürliche“ kapitalistische Ordnung in Frage stellen. Sie hat ein objektives Interesse daran die gesellschaftliche Produktion nicht mit dem Ziel der Erwirtschaftung privater Gewinne zu organisieren, sondern im Interesse der Mehrheit der Menschen. In diversen revolutionären Krisen haben sich die Arbeiter*innen ausgehend von Streik- oder Aktionskomitees spontan in eigenen, vom bürgerlichen Staat unabhängigen Strukturen organisiert. Wenn sich diese Strukturen regional und national über ein Delegiertensystem vereinheitlichen und sich als demokratische Gegenmacht zum bürgerlichen Staat organisieren, dann können sie sich als Räte zu neuen staatlichen Machtorganen der Arbeiter*innenklasse entwickeln.

Wir kämpfen für eine revolutionäre Arbeiter*innenregierung, die sich auf die Räte gestützt daran macht den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus zu stürzen. Die Arbeiter*innenklasse kann nicht einfach den bürgerlichen Staat erobern und ihn für ihre Zwecke einsetzen. Er ist bürokratisch von ihr abgehoben und auf viele Weisen mit der herrschenden Klasse verbunden, daher kein neutrales Kampffeld zwischen den Klassen. Er kann weder reformiert noch transformiert werden, er kann nur zerschlagen werden und durch einen neuen, proletarischen Staat ersetzt werden. Die revolutionäre Arbeiter*innenregierung müsste die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einleiten, die Schlüsselindustrien unter die Verwaltung der Arbeiter*innen stellen und damit anfangen die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Menschen zu planen. Aber die Bourgeoisie würde sich mit ihrer Entmachtung nicht einfach abfinden, sondern versuchen – gestützt auf die reaktionärsten Teile der Bevölkerung – die revolutionäre Arbeiter*innenregierung zu stürzen. Für die Eroberung und Verteidigung der Rätemacht müsste sich die Arbeiter*innenklasse deshalb bewaffnen und sich in revolutionären Milizen organisieren. Aber auch schon vor den zentralen Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staat muss sich die Arbeiter*innenbewegung daran machen, ihre Strukturen und Aktionen gegen Angriffe des bürgerlichen Staates oder faschistischer Banden zu schützen z.B. durch Streikposten oder organisierte Ordner*innen. Solche Selbstverteidigungsinitiativen sollten gleichzeitig auch sozial Unterdrückte wie Flüchtlinge, Frauen oder Homosexuelle gegen Übergriffe schützen. Doch selbst nach dem Sieg der Revolution in einem Land ist der Sieg des Sozialismus nicht gesichert. Die Geschichte der Russischen Revolution zeigt, dass wenn die internationale Ausbreitung der Revolution scheitert und nicht auf die fortgeschrittensten kapitalistischen Staaten übergreift, die Revolution degenerieren wird. Die Errichtung der stalinistischen Diktatur hat nur zu deutlich gezeigt, dass die Arbeiter*innenklasse bewusst darauf achten muss die demokratische Kontrolle im neu errichteten Arbeiter*innenstaat zu behalten. Keinerlei Privilegien und die ständige Wähl- und Abwählbarkeit in den Räten sind wichtig um die Revolution vor einer Degeneration zu bewahren. Der Sozialismus kann nur auf globaler Ebene siegen, bleibt ein Land alleine ist es aufgrund der internationalen Arbeitsteilung gezwungen sich dem Kapitalismus unterzuordnen und wird langfristig unweigerlich hinter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zurückbleiben. Deshalb sind wir Internationalist*innen und kämpfen weltweit für die Überwindung des Kapitalismus. Wenn einmal der Kapitalismus weltweit überwunden ist, kann sich die Menschheit endlich nach rationalen Prinzipien entwickeln. Die Wirtschaft würde nicht mehr nach größtmöglichem Profit geführt werden, sondern würde Nachhaltigkeit genauso wie soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellen. Die massive Einsparung unproduktiver Tätigkeiten im Dienste der Kapitalist*innen und die bewusste, demokratische Planung der Produktion würden eine enorme Steigerung der Produktivkräfte ermöglichen. Schon heute sehen wir, dass Automatisierung der Produktion massives Potential aufweist, so lange sie aber zum Ausbau privaten Profits und zur Arbeitslosigkeit großer Teile der Bevölkerung führt hat sie aber sehr negative Auswirkungen auf die Mehrheit der Menschen. Falls aber die Automatisierung unter Bedingungen vergesellschafteter Produktion stattfindet, bietet sie große Möglichkeiten für eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen und enorme Verkürzung der Arbeitszeit. Dadurch wird es möglich Schritt für Schritt den Unterschied zwischen

Arbeit und Freizeit zu überwinden. Genauso wird es möglich, allen Menschen der Welt ein gutes Leben zu ermöglichen und die staatlichen Aufgaben immer mehr durch einen freien Zusammenschluss der Produzent*innen zu ersetzen. Die Menschheit hat nur eine Zukunft im Sozialismus – oder sie hat keine Zukunft!

» *Aufbau von Gegenmacht zum kapitalistischen Staat in Form von Arbeiter*innenräten in Betrieben und Stadtteilen! Keine Privilegien, sowie ständige Wahl- und Abwählbarkeit sowie Rechenschaftspflicht der Delegierten.*

» *Bewaffnung der Arbeiter*innenklasse, Aufbau einer Arbeiter*innenmiliz zum Schutz der Arbeiter*innenbewegung gegen den bürgerlichen Staat und faschistische Banden!*

» *Für eine revolutionäre Arbeiter*innenregierung gestützt auf und kontrolliert durch Organe der Arbeiter*innenmacht wie Räte und Millizen!!*

» *Aufbau von Arbeiter*innenkontrolle über die Produktion! Komitees der Beschäftigten in den Betrieben sollen die Entscheidungen der Unternehmensführung kontrollieren und lernen die Verwaltung zu übernehmen.*

» *Entschädigungslose Enteignung der wichtigsten Unternehmen! Überführung der verstaatlichten Betriebe in gesellschaftliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten.*

» *Erstellung eines demokratischen Plans, der die Wirtschaft nach Prinzipien der Nachhaltigkeit im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung organisiert.*

Revolutionäre Partei und Fünfte Internationale

Damit die Arbeiter*innenklasse in der Lage sein wird den Kampf gegen den Kapitalismus und seine Vertreter*innen erfolgreich zu führen, muss sie sich organisieren. Sie muss – in Marx' Worten – von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich werden. Dazu sind die bestehenden Organisationen der Arbeiter*innenbewegung bei weitem nicht ausreichend. Es braucht eine grundlegende Restrukturierung der Arbeiter*innenbewegung und Neuformierung ihrer Organisationen. Das oberste Ziel dabei ist der Aufbau einer revolutionären Partei. Eine revolutionäre Partei ist essentiell dafür, revolutionäres Bewusstsein innerhalb der Arbeiter*innenklasse zu schaffen. Sie muss die Lehren aus der Geschichte und der unzähligen Niederlagen der Arbeiter*innenbewegung – in Österreich und international – ziehen und ihre Politik auf den wissenschaftlichen Sozialismus stützen, wie von Karl Marx und Friedrich Engels begründet. Sie muss die Spaltung der Arbeiter*innenklasse nach Geschlecht, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Alter und Schicht überwinden. Die Arbeiter*innen treten den Kapitalist*innen im Arbeitsprozess auf rechtlicher Ebene scheinbar gleichberechtigt gegenüber. Das Arbeitsverhältnis ist ein Vertrag zwischen „Arbeitgeber*in“ und „Arbeitnehmer*in“ in dem die Ausbeutung (also die Differenz zwischen erwirtschaftetem Wert und tatsächlicher Bezahlung) verschleiert ist. Der elementare Kampf der Arbeiter*innen gegen die Unternehmer*innen ist deshalb auf einen

Kampf um bessere Arbeitsbedingungen wie Löhne, Arbeitszeit und ähnliches beschränkt, nicht aber ein Kampf, der die Fundamente des Kapitalismus beseitigen kann. Gleichzeitig ist der Kapitalismus ein gesamtheitliches System, neben der wirtschaftlichen Ebene sind auch auf gesellschaftlicher, politischer Ebene die Kapitalist*innen die herrschende Klasse. Bürgerliche Ideologie durchdringt dementsprechend alle Ebenen der bürgerlichen Gesellschaft, von der Schule bis zu den Medien. Revolutionäres Bewusstsein in der Arbeiter*innenklasse entsteht deshalb nicht automatisch aus den spontanen Kämpfen der Arbeiter*innenklasse, diese stellen vielmehr Voraussetzungen für dessen Herausbildung dar. Die Aufgabe einer revolutionären Organisation ist es deshalb auf der einen Seite von den konkreten Kämpfen der Arbeiter*innenklasse und Unterdrückten zu lernen und auf der anderen Seite diese Erfahrungen der Klassenkämpfe zu verallgemeinern, insbesondere auf die politische und ideologische Ebene zu heben und damit das bestehende Bewusstsein der Arbeiter*innenklasse zu einem revolutionären Bewusstsein weiterzuentwickeln.

In Österreich ist das vorherrschende Bewusstsein in der Arbeiter*innenklasse sozialdemokratisch. Es ist daher für den Erfolg revolutionärer Politik unumgänglich die Vorherrschaft des Reformismus in der österreichischen Arbeiter*innenklasse zu überwinden. Seit den Anfängen der KPÖ gab es in Österreich keine revolutionäre Massenorganisation mehr, Beweis genug, dass diese Aufgabe keine leichte sein wird. Doch wir sind überzeugt, dass die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus genug Möglichkeiten bieten wird die politische Unzulänglichkeit der Sozialdemokratie praktisch und theoretisch aufzuzeigen, die desaströse Entwicklung der SPÖ in den letzten Jahren und Jahrzehnten stimmt uns in diesem Sinne optimistisch.

Die Geschichte hat in mehr als einer Situation bewiesen, dass die Arbeiter*innenklasse in revolutionären Krisen nur erfolgreich sein kann, wenn sie ihren bewussten Ausdruck in einer Partei findet, die die Mehrheit der Arbeiter*innenklasse für eine revolutionär-sozialistische Politik gewinnen kann. Als Beispiel dafür kann die revolutionäre Nachkriegskrise in Österreich von 1918-1920 herangezogen werden. Sie drückte sich in revolutionären Massenstreiks und der Errichtung von Doppelmachtorganen in Form von Arbeiter*innenräten und der teilweisen Bewaffnung des Proletariats aus. Doch auch in dieser Zeit gelang es der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) die Vormachtstellung in der Arbeiter*innenbewegung zu verteidigen. Dass Österreich damals nicht zu einer sozialistischen Räterepublik wurde geht einher mit dem Scheitern, die verräterische Führung der Sozialdemokratie durch eine revolutionäre Führung zu ersetzen. Die historische Ursache dafür liegt im inkonsequenten, nur teilweise und zu spät erfolgten Bruch der Linken mit der SDAP. Später erwies sich die junge Kommunistische Partei als unfähig effektive Taktiken anzuwenden um die Sozialdemokratie herauszufordern. Diese sogenannte Führungskrise drückte sich auch danach und bis heute in vielen anderen Situationen aus, ist aber nicht auf Österreich beschränkt.

Wir sind davon überzeugt, dass der Kampf gegen den Kapitalismus nur erfolgreich im internationalen Rahmen geführt werden kann, eine Beschränkung auf den Aufbau national isolierter, revolutionärer Organisationen und Parteien oder gar auf einen national beschränkten Weg zum Sozialismus lehnen wir ab. Schon von Beginn der kommunistischen

Bewegung an war es das Ziel von Marxist*innen sich international zu organisieren. Wir sehen uns in der Tradition des Bunds der Kommunisten, der Marxist*innen in der Ersten Internationale, dem linken Flügel der Zweiten Internationale, der frühen Kommunistischen Internationale, dem Kampf der Linken Opposition um Leo Trotzki und der Vierten Internationale bis kurz nach dem Krieg. Alle diese Formationen brachten methodische und programmatische Bereicherungen, gingen aber letztlich auch an ihren Limitierungen zu Grunde.

Die erste Internationale, die zwischen 1864 und 1872/76 bestand, war geprägt von der Auseinandersetzung zwischen Marxist*innen und den diversen Strömungen des utopischen Sozialismus, Syndikalismus und Anarchismus. Sie stellte klar die Arbeiter*innenklasse als revolutionäres Subjekt fest, stellte deren Unabhängigkeit von allen Strömungen des (liberalen) Bürger*innentums in den Vordergrund und proklamierte die Zentralität des Klassenkampf auch auf der politischen Ebene gegenüber der Beschränkung auf rein ökonomischen Kampf. Ihr Zusammenbruch ging einher mit wichtigen Niederlagen und der Phase der Reaktion nach der Niederschlagung der Pariser Kommune 1871.

Im Zuge der Ersten Internationale und der Zeit danach setzte sich der Marxismus in der Arbeiter*innenbewegung als zentrale Strömung durch und 1889 wurde die Zweite Internationale gegründet. Sie schaffte es zum ersten Mal marxistische Massenparteien in einer Reihe von Ländern aufzubauen und die Arbeiter*innenbewegung allumfassend weiterzuentwickeln. Von ihrer Degeneration in den Reformismus und dem historischen Verrat zu Beginn des Ersten Weltkriegs, in dem nahezu alle Parteien der Zweiten Internationale „ihre“ Bourgeoisien unterstützten, hat sich die Arbeiter*innenbewegung bis heute nicht erholt. Diese Katastrophe bewies, dass eine strategische Vereinigung der revolutionären Internationalist*innen mit den reformistischen Opportunist*innen in einer Partei nicht möglich ist und dass es eine zentralisierte, internationale Partei braucht statt einer internationalen Föderation nationaler Parteien.

Nur eine Hand voll Internationalist*innen hielt in den Anfangsjahren des Ersten Weltkriegs das revolutionäre Erbe des Marxismus am Leben. Mit der Russischen Revolution und der revolutionären Welle am Ende des Kriegs kam es zur Spaltung zwischen kommunistischen Revolutionär*innen und sozialdemokratischen Reformist*innen. Die Dritte Internationale, gegründet im Frühjahr 1919, stellte die politische Unabhängigkeit des revolutionären Marxismus von allen Formen des Reformismus und Sozialchauvinismus in den Vordergrund. Das Vertrauen auf den „objektiven Prozess“ Richtung Sozialismus, das vor dem Krieg in der Zweiten Internationale vorherrschend war, wurde durch die Einsicht in die Notwendigkeit eines aktiven Eingreifens durch die kommunistische Avantgarde abgelöst. Die Dritte Internationale entwickelte auf ihren ersten vier Weltkongressen bedeutende Taktiken (Einheitsfronttaktik) um die Vorherrschaft des Reformismus innerhalb der Arbeiter*innenklasse zu überwinden.

Doch gemeinsam mit der stalinistischen Degeneration der Russischen Revolution im Zuge ihrer nationalen Isolierung entfernte sich auch die Dritte Internationale von ihrer revolutionär-internationalistischen Politik. Diese Entwicklung beweist, dass ein entschlossener Kampf zur Verteidigung des Internationalismus, gegen Bürokratisierung und für eine Unabhängigkeit einer Internationale von einem einzelnen Arbeiter*innenstaat notwendig ist.

Mitte der 20er Jahre entwickelte sich ausgehend von der russischen Linken Opposition auch international eine Kritik an der verfehlten Politik der Dritten Internationale. Nachdem sie sich als resistent gegenüber der Kritik an ihrer verfehlten Politik gegenüber dem Nationalsozialismus in Deutschland zeigte, begannen die Anhänger*innen Leo Trotzki und der Linken Opposition den Aufbau einer neuen Internationalen in den Mittelpunkt zu rücken. 1938 wurde schließlich die Vierte Internationale gegründet, die sich im Vergleich zu den offiziellen sozialdemokratischen und „kommunistischen“ Parteien auf keine breite Unterstützung der proletarischen Massen stützen konnte. Die Hoffnung bestand darin, ähnlich wie die revolutionären Internationalist*innen im Ersten Weltkrieg, mit einer kleinen Gruppe von Kadern in einer revolutionären Nachkriegskrise diesen Masseneinfluss aus dem politischen Bankrott von Sozialdemokratie und Stalinismus wieder erringen zu können. Der wichtigste Vertreter der Vierten Internationale – Leo Trotzki – wurde aber 1940 von einem stalinistischen Attentäter ermordet. Im Krieg sah sich die Vierte Internationale größter Verfolgung ausgesetzt und die vor dem Krieg aufgestellten Prognosen über die revolutionäre Nachkriegskrise und das Schicksal der Sowjetunion stellten sich als falsch heraus. Entgegen der Einschätzungen ging der Stalinismus gestärkt aus dem Krieg hervor. Sklavisch hielt man an den verfehlten Prognosen fest, beschwor wieder einen „objektiven Prozess“ zur Weltrevolution und gab die eigenständige revolutionäre Politik vielerorts auf indem man sich darauf beschränkte, diverse sozialdemokratische und stalinistische Kräfte nach links zu treiben. Ab 1951 wurde diese zentristische Politik, die zwischen revolutionärem Marxismus und Reformismus schwankte, kodifiziert. 1953 kam es dann zur Spaltung und seitdem gibt es immer noch eine Reihe von Kräften, die sich offiziell als die Vierte Internationale oder ihre legitimen Erben verstehen. All diese Kräfte vertreten auf die eine oder andere Art problematische Züge des Opportunismus und/oder Sektierertums. Demgegenüber musste eine eigenständige kommunistische Methode und Programmatik verteidigt werden.

Die Vierte Internationale ist nicht nur organisatorisch zerfallen sondern eben auch politisch. Ihr Wiederaufbau auf einer sinnvollen politischen Grundlage ist unserer Meinung nach nicht möglich. Die Arbeiter*innenbewegung wird sich auf der Grundlage neuer Kämpfe und neuer Erfahrungen eine neue Internationale schaffen müssen. Wir treten dabei für den Aufbau einer Fünften Internationale ein, die die Lehren aus den ersten vier Internationalen zieht indem sie auf ihren wichtigsten Errungenschaften aufbaut, aber auch klar ihre Fehler bilanziert. Als Teil einer verhältnismäßig kleinen internationalen Strömung glauben wir nicht, dass wir selbst alleine Schritt für Schritt zu einer neuen Internationale heranwachsen können, vielmehr sehen wir unsere Aufgabe darin in eine allgemeine Umstrukturierung und Umgruppierung der Kräfte der Arbeiter*innenbewegung im Sinne einer revolutionären Programmatik und Methode aktiv einzugreifen.

Der Kapitalismus ist genauso wie alle ihm vorhergegangenen Gesellschaftssysteme keine ewige Erscheinung. Er ist von inneren Widersprüchen durchzogen und bietet keine Lösung für die großen Probleme der Menschheit wie dem Klimawandel oder der globalen, zum Himmel schreienden Ungleichheit. Es liegt an uns am Sturz des Kapitalismus und für eine bessere, kommunistische Gesellschaft zu kämpfen. Der Schlüssel dafür liegt im Aufbau einer neuen, Fünften Internationale. Arbeiter*innen aller Länder vereinigt euch!

Preis: 2,5 €

Wer wir sind



Der Arbeiter*innenstandpunkt (AST) ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. Unser Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt. Diese Gesellschaft kann nicht durch stetige Reformen erreicht werden, sondern erfordert einen radikalen, revolutionären Bruch der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den heutigen kapitalistischen Zuständen. Deshalb unterstützen wir alle Kämpfe, Aktionen und Forderungen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringen und die Keimform einer größeren, zukünftigen Arbeiter*innenbewegung sind.

Mit dieser Publikation legen wir das Programm unserer Organisation dar. Es ist keine abstrakte Formel sondern ein konkretes Aktionsprogramm für Österreich, das auf die spezifischen, aktuellen Verhältnisse des Landes ausgelegt ist. Auf dieser Grundlage sind wir in sozialen Bewegungen, Klassenkämpfen und politischen Organisationsprozessen aktiv und kämpfen wir für die Neuformierung der österreichischen Arbeiter*innenbewegung. Für eine umfassendere Auseinandersetzung mit unserer Programmatik verweisen wir auf das allgemeinere Programm unserer internationalen Strömung, der Liga für die Fünfte Internationale.

www.arbeiterinnenstandpunkt.net